



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 4

April 1967

Grafik des Monats: Das Bildungspotential bis 1985

Aufsätze:

Öffentliche Jugendhilfe

Sportstätten

Umsätze im Gastgewerbe 1966

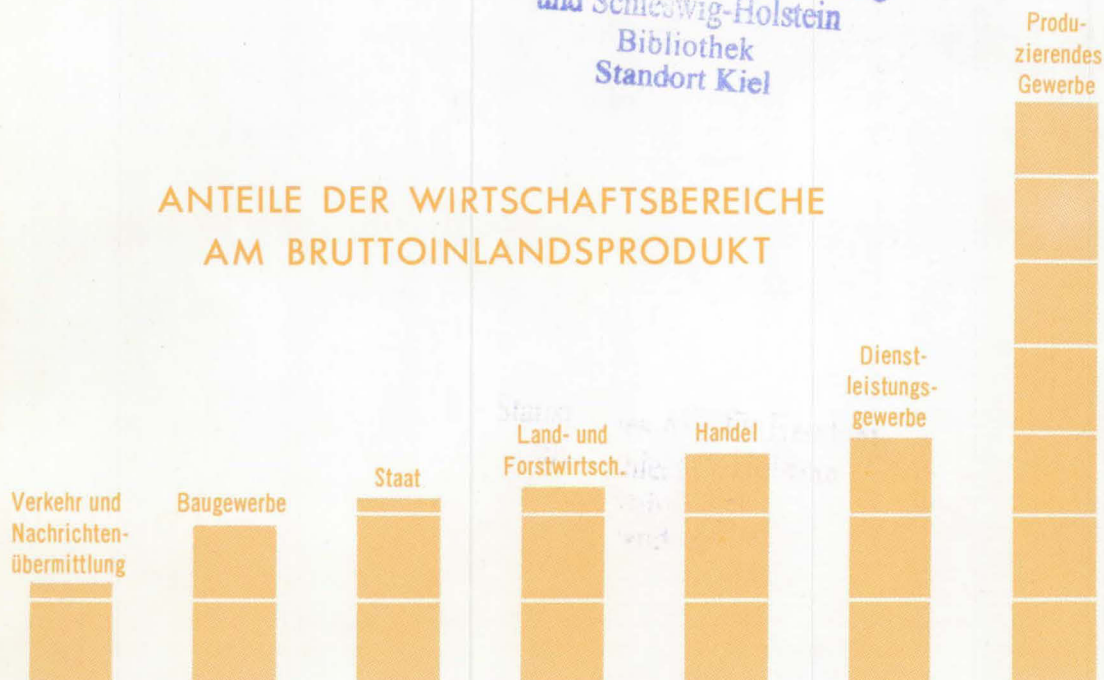
Obstbäume 1965

Kurzberichte:

Zwischenfrüchte 1966

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1965/66	1966/67	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt September bis Januar ¹		
INDUSTRIE (ohne Energie und Bau)				
Produktionsindex	1958 = 100	141	144	+ 2
Beschäftigte ²	1 000	178	177	- 1
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	790	837	+ 6
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	24	23	- 2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,6	9,1	+ 6
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 401	1 997	- 17
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	129,1	146,5	+ 13
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	97,2	108,1	+ 11
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 398	4 790	- 11
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958 = 100	101,1	101,2	-
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	107,5	106,8	- 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	104,8	105,7	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	115,6	111,0	- 4
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	110,4	113,4	+ 3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	110,3	111,5	+ 1
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	2 061	2 120	+ 3
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	6 037	6 800	+ 13
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	3 057	3 520	+ 15
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁹	Mill. DM	60	62	+ 3
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	89	93	+ 4
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	49	47	- 5
Lohnsteuer	Mill. DM	57	65	+ 14

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": August bis Dezember 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Lehrlingsstunden 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft
7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 8) Bestand am Monatsende 9) einschl. Umsatzausgleichsteuer 10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

INHALT 4/67

	Seite
Aktuelle Auslese	73
Aus dem Inhalt	74-75
Aufsätze	
Die öffentliche Jugendhilfe 1963 bis 1965	76-82
Turn- und Sportstätten	86-88
Umsätze im Gastgewerbe 1966	88-90
Obstbäume und Obstanlagen 1965	91-95
Kurzberichte	
Landwirtschaftliche Zwischenfrüchte 1966	95-96
Grafik des Monats	84-85
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie - 3. Umschlagseite	

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/1966

Industriezensus 1963 (Teil 3)
Feldfruchtanbau 1966
Zahlungsschwierigkeiten
Baulandmarkt 1965
Verdienste
Ausländer 1966
Wechselproteste 1951 - 1965

Heft 12/1966

Die Frau in Wirtschaft und Gesellschaft
Landwirtschaft
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
Krankenhäuser 1965

Heft 1/1967

Verschuldung der Gemeinden
Verbrauch in Bauernhaushalten
Realkreditinstitute
Krankenversicherung
Rentenversicherung

Heft 2/1967

Umsatzstruktur Handwerk
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)
Grenzverkehr 1956 — 1965

Heft 3/1967

Straßen in Schleswig-Holstein
Personalausgaben 1951 bis 1965
Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)
Ölfrüchte
Urlaubsausgaben
Finanzen der Krankenkassen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 4

April 1967

Aktuelle Auslese



10 000 Arbeitskräfte im Bauhauptgewerbe freigesetzt

Von Ende Juli 1966 bis Januar 1967 verringerte das Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein seinen Bestand an Arbeitskräften um rd. 10 000 Personen (– 16 %); allein im Januar 1967 wurden 4 600 Beschäftigte entlassen. Die rückläufige Baukonjunktur im letzten halben Jahr hat die Hilfskräfte im Bauhauptgewerbe am stärksten getroffen; etwa jede vierte wurde entbehrlich (– 27 %). Bei den Facharbeitern setzten die Entlassungen erst im Dezember/Januar ein und betrafen auch nur ungefähr jede siebente Fachkraft (– 14 %).



66 000 Volksschüler lernen Englisch

Die 5. bis 9. Klassen der öffentlichen Volksschulen Schleswig-Holsteins hatten 1966 rd. 79 600 Schüler, von denen 66 000 (83 %) Englisch lernen. Dieser Anteil ist ständig gestiegen. Er hatte 1961 63 % betragen, 1963 72 % und 1965 80 %.



Wanderungsgewinn 17 600 Personen

Seit 1957 ziehen jedes Jahr mehr Personen nach Schleswig-Holstein zu als von hier fort. Der jährliche Wanderungsgewinn lag dabei zwischen 3 100 Personen im Jahre 1958 und 18 500 Personen im

Jahre 1965. Im letzten Jahr hat der Wanderungsgewinn 17 600 Personen betragen. Von 1957 bis 1966, also in einem Jahrzehnt, sind über 100 000 Personen mehr nach Schleswig-Holstein zu- als fortgezogen.



20 % aller Volksschüler der 4. Klasse werden Sextaner

Im Herbst 1966 haben rd. 6 000 Volksschüler in Schleswig-Holstein die Ausleseprüfung für das Gymnasium bestanden. Das bedeutet, daß damit von den Volksschülern der 4. Grundschulklasse fast 20 % den Sprung in die Sexta geschafft haben. Der Anteil hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. 1962 hatte er 14 % und 1964 16 % betragen.



35 115 zum Bau freigegebene Wohnungen

In Schleswig-Holstein übernahm das Jahr 1967 aus dem Vorjahr einen Bauüberhang von 35 115 Wohnungen. Der Bauvorrat am Ende des Jahres 1966 war damit um 6 % kleiner als zu Beginn des Jahres. Der Bauvorrat hatte damals 37 453 Wohnungen betragen.

Von den 35 115 genehmigten Wohnungen sind Ende 1966 69 % bereits im Bau gewesen; mit dem Bau der restlichen 31 % war zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen worden.

Aus dem Inhalt

Öffentliche Jugendhilfe

Seite 76

Die Hauptaufgaben der Jugendämter lagen – wenn man sie von der Zahl der schutzbedürftigen Minderjährigen her beurteilt – in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens und der Pflegeaufsicht. Ende 1965 standen 50 700 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende unter 21 Jahre als Mündel unter Vormundschaft der Jugendämter Schleswig-Holsteins. Hinzu kamen 23 500 Kinder bis zu 16 Jahren, die unter Pflegeaufsicht standen. Die Jugendämter waren ferner als Amtspfleger oder Amtsbeistand tätig. Sie unterstützten Vormünder, Pfleger und Beistände als Gemeindewaisenrat. Sie halfen bei Vaterschaftsfeststellungen und leisteten Jugendgerichtshilfe. Durch die Vermittlung der Jugendämter wurden 1965 346 Kinder rechtskräftig adoptiert, darunter 14 durch Ausländer. Selbst um Kinder und Jugendliche an jugendgefährdenden Orten mußten sich die Jugendämter kümmern. Im Anschluß an Jugendgerichts- und Ehescheidungsverfahren wurde die „formlose erzieherische Betreuung“ ausgeübt. Hierbei handelt es sich um Fälle gefährdeter Minderjähriger, die außerhalb der Erziehungsbeistandschaft betreut wurden. Ende 1965 gab es 11 300 solcher Fälle. Weitere erzieherische Maßnahmen sind die „Erziehungsbeistandschaft“ und die „freiwillige Erziehungshilfe“. Reichen die vorstehenden Maßnahmen nicht aus und droht der Minderjährige zu verwahrlosen oder ist er bereits verwahrlost, so kann Fürsorgeerziehung angeordnet werden. Ende 1965 gab es in Schleswig-Holstein 266 Minderjährige in vorläufiger und 1 214 in endgültiger Fürsorgeerziehung. Von 10 000 Minderjährigen standen 20 in Fürsorgeerziehung. Die Zahl der männlichen Zöglinge in endgültiger Fürsorgeerziehung war doppelt so groß wie die der weiblichen, während der Unterschied bei der vorläufigen Fürsorgeerziehung nicht groß war.

Es gibt noch eine große Anzahl von weiteren Einrichtungen der Jugendhilfe, die nicht immer von den Jugendämtern erbaut oder eingerichtet sind. Sie unterstehen aber der Aufsicht des Landesjugendamtes. Sie sind nicht immer nur für schutzbedürftige Minderjährige eingerichtet, sondern haben auch vielfältige allgemeine Aufgaben. So sind sie für die Freizeitgestaltung, Erholung, politische Bildung, internationale Begegnung oder Beratung bestimmt. Ende 1965 gab es in Schleswig-Holstein 1 739 Einrichtungen der Jugendhilfe, u. a. Heime für Mütter, Säuglinge, Kinder; Kindergärten und -horte; Ferienkolonien und feste Zeltlagerplätze; Jugendherbergen und -wohnheime; Jugendbüchereien und -bildungsstätten; Erziehungsberatungsstellen.

1965 belief sich der Gesamtaufwand aller öffentlichen Mittel für die Jugendhilfe in Schleswig-Holstein auf 24,7 Mill. DM. Die Jugendbehörden gaben in eigener Zuständigkeit 21 Mill. DM aus, das ist fast das Sechsfache der Mittel, die in Form von Zuschüssen über die Träger der freien Jugendhilfe ihrem Verwendungszweck zugeführt wurden (3,7 Mill. DM).

Sportstätten 1966

Seite 86

Im Jahre 1966 wurden in Schleswig-Holstein die Turn- und Sportstätten gezählt. Dabei wurden alle am 31. 12. 1965 vorhandenen und im Bau befindlichen Anlagen erfaßt. Nach dieser Erhebung gab es in Schleswig-Holstein 471 Turn- und Sporthallen sowie 151 Gymnastikräume. Die Zahl der Turn- und Sporthallen hat sich gegenüber 1956 erheblich erhöht. Die Hallen sind außerdem heute im Durchschnitt wesentlich größer als vor einem Jahrzehnt. Ende 1965 gab es in Schleswig-Holstein 25 Schwimmhallen, darunter 13 Lehrschwimmhallen, die verhältnismäßig klein waren. Von den übrigen 12 Schwimmhallen hatten 4 eine Wasserfläche von mehr als 300 qm. Ende 1965 gab es bereits zwei Meerwasserschwimmhallen in Schleswig-Holstein. Vor einem Jahrzehnt hatte Schleswig-Holstein insgesamt nur sechs Schwimmhallen aufzuweisen. Es ist außerordentlich schwierig, die Freibäder in Schleswig-Holstein richtig zu erfassen. Von den 1 389 Gemeinden des Landes hatten 171 angegeben, über ein oder mehrere Freibäder zu verfügen. Es konnten 204 Freibäder mit einer Wasserfläche von 25 Mill. qm erfaßt werden. 641 Gemeinden hatten Ende 1965 mindestens einen Sportplatz. Das bedeutet, daß ungefähr jede zweite Gemeinde eine solche Sportstätte aufzuweisen hatte. Wird die gesamte Sportfläche der 1 112 schleswig-holsteinischen Sportplätze in Beziehung gesetzt zur Bevölkerung, so ergibt sich eine durchschnittliche Sportfläche von 3,4 qm je Einwohner. 1956 war diese Fläche nur 2,7 qm groß gewesen. Zu den Sportstätten im weitesten Sinne gehören auch die Kinderspielplätze. Ende 1965 wurden 963 Kinderspielplätze mit einer Spielfläche von 1,3 Mill. qm gezählt. Das entspricht einer durchschnittlichen Spielfläche von 0,5 qm je Einwohner.

Umsätze im Gastgewerbe 1966

Seite 88

Das gesamte Gastgewerbe umfaßte im Bundesgebiet bei der letzten Totalzählung 1960 160 000 Unternehmen mit 640 000 Beschäftigten, die 11 Mrd. DM umsetzten. Geht man vom Jahre 1962 aus und setzt man die Umsätze des Gastgewerbes im Bundesgebiet in diesem Jahr gleich 100, so stiegen sie über 104 für 1963, 110 für 1964 und 116 für 1965 auf 120 im Jahre 1966. Der Umsatzanstieg beruht nicht nur auf einer Erhöhung der abgegebenen Leistungen, sondern auch auf einer Steigung der Preise. Dabei ist allerdings nicht zu vergessen, daß der Umsatzzuwachs von 20 % für das Jahr 1966 gegenüber 1962 einen Durchschnitt darstellt, der für die einzelnen Betriebsarten nicht zutrifft. Für die Gaststätten verlief die Entwicklung nicht so günstig. Gegenüber 1962 setzten sie 17 % mehr um. Es ist in allen Jahren seit 1962 so gewesen, daß die Umsätze der Gaststätten weniger anstiegen als die des Beherbergungsgewerbes. Diese setzten 29 % mehr um als 1962. Dabei erhöhten sich die Verpflegungsumsätze nur um

25 %, der Übernachtungsumsatz dagegen um 44 %. Völlig anders als die Umsätze entwickelte sich die Zahl der Beschäftigten. Seit 1962 ist sie zunächst etwas gesunken und erreichte erst 1965 ihren alten Stand, den sie 1966 dann um 0,6 % überschritt. Zu den Beschäftigten sind hier tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Lehrlinge, Voll- und Teilbeschäftigte gezählt. Da die Teilbeschäftigten, deren Anteil 1960 etwa ein Siebtel ausmachte, um 32 % zugenommen haben, müssen die Vollbeschäftigten um 5 % zurückgegangen sein. Dadurch ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Normalarbeitsstunden weniger geworden. Es ist aber eine große Elastizität in der Anpassung an den Arbeitsbedarf erreicht worden.

Obstbäume 1965

Seite 91

1965 waren in Schleswig-Holstein 4,36 Mill. Obstbäume vorhanden. Damit hat sich die Ausweitung der Bestände von 1947 bis 1958 nicht fortgesetzt; vielmehr ist die Zahl der Obstbäume gegenüber 1958 um rd. 80 000 zurückgegangen. Dabei hat infolge vermindelter Zahl von Neupflanzungen zwischen den letzten beiden Zählungen nur die Zahl der noch nicht ertragfähigen Obstbäume abgenommen. Ertragfähige Obstbäume wurden dagegen rund 123 000 mehr nachgewiesen als 1958. Das Verhältnis der Obstarten zueinander hat sich laufend verändert, und zwar zugunsten der wichtigsten Art, des Apfels. Sein Anteil am Bestand aller Obstbäume stieg von 45 % im Jahre 1938 auf 56 % im Jahre 1965. Von den Obstbäumen standen 76 % in Haus- und Kleingärten.

1965 wurden – erstmalig bei einer Obstbaumzählung – die Flächen der Obstanlagen und die Intensität ihrer Bewirt-

schaffung festgestellt. Die Ergebnisse zeigen, daß für eine exakte Berechnung der Obsternten im Erwerbsobstbau – bedeutungsvoll sind hier nur die Apfelernten – die groben Flächennachweise durch die Bodennutzungserhebungen auf die Dauer nicht ausreichen. Bei der totalen Bodennutzungserhebung 1965 wurden fast 3 000 ha Obstanlagen ermittelt. Dem stehen rund 2 800 ha Baumobstanlagen nach der Obstbaumzählung 1965 gegenüber, und zwar nur 2 400 ha intensiv gepflegte Obstanlagen. Die Differenz von 159 ha mehr Fläche bei der Bodennutzungserhebung erklärt sich nur zu einem sehr geringen Teil durch Beerenobstanlagen. Zumeist handelt es sich hierbei vielmehr um Haus- und Kleingärten, um Hauskoppeln mit einigen Obstbäumen u. ä. Im intensiven Erwerbsobstbau Schleswig-Holsteins dominiert der Apfel. Neben diesen Apfelanlagen kommt nur den Sauerkirschenanlagen eine gewisse Bedeutung zu.

Zwischenfrüchte 1966

Seite 95

1966 wurden in Schleswig-Holstein 47 500 ha oder 7 % der Ackerfläche mit Zwischenfrüchten bestellt; im Mittel der Jahre 1960/65 dagegen waren sie auf 8 % der Ackerfläche angebaut worden. 95 % dieser Fläche waren mit Sommerzwischenfrüchten bestellt. Von den Sommerzwischenfrüchten sollen zwei Drittel abgeerntet werden, während ein Drittel der Fläche allein zur Gründüngung vor der nächsten Hauptfrucht umgepflügt werden soll. Die Ernte der Winterzwischenfrüchte 1966, Aussaat Herbst 1965, ergab 40 200 t. Das sind 50 % weniger als im Frühsommer 1965. Demgegenüber wurden 5 % mehr Sommerzwischenfrüchte geerntet als 1965.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1–5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit:

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Die öffentliche Jugendhilfe 1963 bis 1965

Die Jahresstatistik der öffentlichen Jugendhilfe ist am 1. Januar 1963 an das Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11. August 1961, das am 1. Juli 1962 in Kraft getreten ist, angepaßt und seitdem jährlich in gleicher Weise wiederholt worden. Die Statistik bringt einen auf wesentliche Bereiche beschränkten Tätigkeitsbericht der Jugendämter sowie Angaben über den Kreis der betreuten Jugendlichen. Ferner gibt sie Auskunft über die Einrichtungen und über den Aufwand der öffentlichen Jugendhilfe. Die beratende Tätigkeit der Jugendbehörden und die weiteren Aufgaben, die den Jugendämtern durch § 5 JWG zugewiesen sind und einen breiten Raum einnehmen, schlagen sich in ihr nicht nieder. Aus ihren Zahlen können auch nur indirekt und in beschränktem Umfang Schlüsse auf den leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Zustand der Jugend gezogen werden, da Art und Umfang der Maßnahmen nicht allein durch die Schutz- und Förderungsbedürftigkeit der Jugend bestimmt werden. Die Angaben der Statistik stammen vom Landesjugendamt, den 21 Jugendämtern der Kreise und kreisfreien Städte sowie von den Jugendämtern der Städte Elmshorn und Itzehoe, die ebenfalls Träger der Jugendhilfe sind und die Kosten der Jugendhilfe voll tragen.

Maßnahmen der Jugendhilfe

Von der Zahl der schutzbedürftigen Minderjährigen her beurteilt lagen die Hauptaufgaben der Jugendämter 1963 bis 1965 wiederum auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens und der Pflegeaufsicht. Ende 1963 standen 55 700, Ende 1965 50 700 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende unter 21 Jahren als Mündel unter Vormundschaft der Jugendämter Schleswig-Holsteins. 1963 war jeder 13. Minderjährige, 1965 nur noch jeder 14. ein Mündel. Auf 1 000 Minderjährige entfielen 1963 79, die einen Vormund hatten, 1965 nur noch 69. Bezogen auf die Gesamtzahl der Minderjährigen, hatte Schleswig-Holstein erheblich mehr Mündel zu betreuen als etwa Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland; lediglich in Berlin (West), wo Ende 1965 96 von 1 000 Minderjährigen unter Vormundschaft standen, gab es mehr als in Schleswig-Holstein.

Während 1963 der Anteil der unter Amtsvormundschaft stehenden Minderjährigen nur wenig größer war (51%) als der Anteil der unter Einzelvormundschaft stehenden, belief sich

Ende 1965 ihr Anteil auf 27 800 oder 55% gegenüber 22 900 Minderjährigen (45%) unter Einzelvormundschaft. Am 31.12.1965 entfielen ein Viertel aller Fälle auf die vier kreisfreien Städte und drei Viertel auf die 17 Kreise; mehr als ein Zehntel aller Mündel wurde allein vom Jugendamt der Stadt Kiel betreut. Vereins- und Anstaltsvormundschaften gab es Ende 1965 in Schleswig-Holstein nur 5. 7% der Amtsvormundschaften waren 1965 vom Vormundschaftsgericht bestellt, weil kein geeigneter Einzelvormund gefunden wurde; in den übrigen Fällen trat die Amtsvormundschaft kraft Gesetzes infolge unehelicher Geburt ein. 86% aller Minderjährigen unter Einzelvormundschaft und 95% aller Amtsmündel waren uneheliche Kinder. Im Laufe des Jahres 1965 wechselte etwa ein Viertel des Bestandes der unter Amtsvormundschaft stehenden Minderjährigen, indem 3 300 Zugänge und 4 000 Abgänge zu verzeichnen waren.

Etwa jedes 24. Kind unter 16 Jahren stand in Schleswig-Holstein Ende 1965 unter Pflegeaufsicht; Ende 1963 war es jedes 23. gewesen. Insgesamt erfaßte die Pflegeaufsicht am 31.12.1963 23 400, am 31.12.1965 23 500 Kinder. Drei Viertel von ihnen waren Ende 1965 uneheliche Kinder, die bei der Mutter lebten, während die elterliche Gewalt vom Jugendamt ausgeübt wurde, ein Viertel eigentliche Pflegekinder gemäß § 27 JWG, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, außerhalb des Elternhauses in Familienpflege befanden. Letztere waren gleichfalls zum größten Teil unehelich. Die Zahl der Pflegekinder in Familienpflege und die Zahl der bei der Mutter lebenden Kinder blieben von 1963 bis 1965 konstant. 30% der Pflegekinder lebten in den kreisfreien Städten, deren Bevölkerung etwa 28% der Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins ausmachte.

Außerdem gab es am 31.12.1965 235 Kinder (darunter drei Viertel uneheliche) in Familienpflege, die gemäß § 31 Abs. 3 Satz 1 JWG, und 3 212 uneheliche Kinder bei der Mutter, die gemäß § 31 Abs. 3 Satz 2 von der Aufsicht widerruflich befreit waren.

Vormundschaften

Am 31.12.	Minderjährige unter			Von 1 000 Minderjährigen ¹ standen unter Vormundschaft
	Amts- vormund- schaft	Einzel- vormund- schaft	Vereins- vormund- schaft	
1963	28 596	27 126	2	78,6
1964	28 531	24 817	—	74,2
1965	27 819	22 864	5	69,3

¹⁾ Bevölkerung im Alter unter 21 Jahren

Pflegeaufsicht

Am 31.12.	Pflegekinder in Familienpflege		Uneheliche Kinder bei der Mutter	Spalte 1 und 3 zusammen	
	zusammen	darunter unehelich		Anzahl	je 1 000 Kinder unter 16 Jahren
1963	5 658	4 677	17 714	23 372	42,7
1964	5 746	4 862	17 571	23 317	41,6
1965	5 715	4 809	17 820	23 535	41,0

Indem in Schleswig-Holstein von 1 000 Kindern unter 16 Jahren 47 der Pflegeaufsicht der Jugendämter unterstanden bzw. widerruflich von der Pflegeaufsicht befreit waren, wurde hier die Pflegeaufsicht erheblich häufiger als in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Hamburg ausgeübt, aber nicht so häufig wie in Bayern und Berlin (West), wo ihr mehr als 60 von 1 000 Kindern Ende 1965 unterstanden.

Auf Grund einer Bestellung durch das Vormundschaftsgericht waren die Jugendämter am 31.12.1965 bei 3 923 Minderjährigen zum Amtspfleger oder Amtsbeistand bestellt. Diese Zahl hat gegenüber 1963 um 293 zugenommen. Unter den Pfleg- und Beistandschaften waren 1965 57% Unterhalts- und Sorgerechtpflegschaften, der Rest verteilte sich auf Pflegschaften zur Vertretung des Kindes im Ehelichkeitsanfechtungsprozeß und auf Pfleg- und Beistandschaften nach Übertragung der elterlichen Gewalt auf die unehe-liche Mutter u. a.

Die Jugendämter, die als Gemeindewaisenrat die Vormünder, Pfleger und Beistände in der Ausübung ihrer Tätigkeit unterstützen, haben 1965 in dieser Eigenschaft noch an 2 900 Stellungnahmen bei Ehescheidungen und dauerndem Getrenntleben der Eltern gemäß §§ 1634, 1671, 1672 und 1696 BGB im Interesse der Minderjährigen mitgewirkt, desgleichen an 1 016 Stellungnahmen in gerichtlichen Verfahren und bei 248 Sorgerechtsentziehungen. Die Zahl der Volljährigkeitserklärungen betrug 878; das Sorgerecht wurde gemäß § 1666 BGB in 211 Fällen entzogen.

Ferner wurden von den Jugendämtern 1965 noch 2 444 Vaterschaftsfeststellungen erledigt (1963 = 2 680), darunter in 563 Fällen (23%) durch erfolgreiche Klage, in 1 026 Fällen (42%) durch Anerkennung und in 257 (11%) durch Legitimation oder Ehelichkeitserklärung. Klageabweisung oder Zurücknahme der Klage kam nur in 5% der Fälle vor. Unerledigt geblieben waren am Jahresende 1 274 Fälle. Außerdem wurden noch für andere Jugendämter 724 Vaterschaftsfeststellungen getroffen.

Durch Vermittlung der Jugendämter wurden im Jahre 1965 346 Kinder rechtskräftig adoptiert, darunter 14 durch Ausländer. 158 Kinder waren am Jahresende noch zur Adoption vorgemerkt. Zum gleichen Zeitpunkt waren noch 197 Adoptionsstellen vorhanden, für die noch kein Minderjähriger vorgeschlagen werden konnte. Damit waren erstmals mehr Adoptionswillige vorhanden als Kinder. Ende 1963 waren 194 Minderjährige zur Adoption vorgemerkt und nur 143 Stellen offen geblieben, Ende 1964 267 zu 205. Fast jedes 5. Adoptivkind wurde in der Verwandtschaft aufgenommen. Der Anteil der Adoptionen durch Ausländer

war in den Berichtsjahren mit 4-5% gering; im Bundesdurchschnitt lag er 1964 bei rd. 18%.

Im Jahr 1965 leisteten die Jugendämter in 5 779 Fällen Jugendgerichtshilfe, die 40% Jugendliche unter 18 Jahren und 60% Heranwachsende von 18 bis unter 21 Jahren betrafen, und zwar in beiden Gruppen überwiegend männliche. 1963 belief sich das Verhältnis auf 38% Jugendliche und 62% Heranwachsende. Auf 1 000 Minderjährige kamen insgesamt 8 erledigte Fälle. Unerledigt waren am Jahresende noch 1 150 Fälle.

1965 wurden unter Mitwirkung der Jugendämter 1 197 Kinder und Jugendliche an jugendgefährdenden Orten im Sinne der §§ 1-9 JSchGÖ festgestellt; davon waren 11% Kinder unter 14 Jahren und 89% Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren. 1963 waren es 790 Kinder und Jugendliche, davon 6% Kinder und 94% Jugendliche. In jedem der Jahre waren die weiblichen Jugendlichen zahlreicher als die männlichen.

Ferner wurden 1965 142 Anzeigen wegen Übertretung des JSchGÖ gegen Gewerbetreibende, Veranstalter und sonstige Personen erstattet. Außerdem gab es 12 Anzeigen wegen Übertretung der Werbe- und Vertriebsverbote jugendgefährdender Schriften.

Formlose Betreuung,
Erziehungsbeistandschaft,
freiwillige Erziehungshilfe,
Fürsorgeerziehung

Im Anschluß an Jugendgerichts- und Ehescheidungsverfahren wurde in 11 259 Fällen die formlose erzieherische Betreuung ausgeübt. Hierbei handelt es sich um Fälle gefährdeter Minderjähriger, die außerhalb der Erziehungsbeistandschaft regelmäßig und längere Zeit hindurch betreut wurden. 1963 gab es 10 547 Fälle formloser Betreuung.

Am Beginn des Jahres 1963 standen 924, am Ende 686, Ende 1964 381 und Ende 1965 335 Minderjährige unter Erziehungsbeistandschaft. Mehr als ein Drittel dieser Minderjährigen erhielt die Erziehungsmaßnahme auf freiwilliger Grundlage, sei es, daß die Personensorgeberechtigten einen Antrag gestellt oder daß sie ihr Einverständnis erklärt

Erzieherische Maßnahmen

Am 31. 12.	Formlose erzieherische Betreuung	Erziehungs- beistand- schaft	Freiwillige Erziehungs- hilfe	Fürsorge- erziehung
1963	10 547	686	420	1 418
1964	11 124	381	496	1 468
1965	11 259	335	544	1 480

hatten; der andere Teil ist auf Anordnung des Vormundschaftsgerichts oder durch Urteil des Jugendgerichts unter Erziehungsbeistandschaft gestellt worden. Auffällig wenig Zugänge, und verhältnismäßig viele Abgänge haben in den Berichtsjahren dazugeführt, daß diese Maßnahme immer mehr an Bedeutung verloren hat.

Durch das Jugendwohlfahrtsgesetz ist auch die freiwillige Erziehungshilfe, die bis dahin durch Erlasse geregelt war, gesetzlich verankert worden. Ihr ist ein Platz zwischen der Erziehungsbeistandschaft und der Fürsorgeerziehung zugewiesen. Zu Beginn des Jahres 1963 machte die Zahl der Minderjährigen in freiwilliger Erziehungshilfe mit 340 nur ein Viertel der in Fürsorgeerziehung befindlichen Minderjährigen aus (1 352), während im Bundesgebiet (ohne Berlin) erstmalig mehr Minderjährige in freiwilliger Erziehungshilfe (rd. 26 400) als in Fürsorgeerziehung (rd. 25 500) waren¹. Ende 1965 waren 544 Minderjährige in freiwilliger Erziehungshilfe, ihre Zahl ist also gegenüber Anfang 1963 um 60% gestiegen und machte jetzt 37% der in Fürsorge befindlichen Minderjährigen aus.

Freiwillige Erziehungshilfe nach der Art der Unterbringung

Art der Unterbringung	31. 12. 1965	
	männlich	weiblich
Minderjährige insgesamt	352	192
davon	- % -	
Untergebrachte Minderjährige	96,6	96,9
in Erziehungsheimen		
der Träger der freien Jugendhilfe ¹	72,1	61,3
privater gewerblicher Träger	10,9	8,6
in eigener Familie ²	15,0	26,3
Sonstige Unterbringung	2,1	3,8
Nicht untergebrachte Minderjährige	3,4	3,1

1) gemäß § 5, Abs. 4 JWG

2) einschl. Lehr- und Arbeitsstellen

Von den 307 Zugängen des Jahres 1965 waren 196 männlich und 111 weiblich. Die Altersgruppen unter 2 Jahre und 2 bis unter 6 Jahre waren gar nicht besetzt, die Altersgruppe von 19 bis unter 20 Jahre war nur schwach (11) besetzt. 53% waren 6 bis 14 Jahre alt. Ein Drittel der Minderjährigen stammte aus vollständigen Familien, etwas mehr als ein Viertel waren uneheliche Kinder und nicht ganz ein Viertel Kinder aus geschiedenen Ehen. Die Vollwaisen waren kaum vertreten, die Halbwaisen machten etwas mehr als ein Sechstel aus. Die Entlassungen aus freiwilliger Erziehungshilfe erfolgten überwiegend infolge

Aufhebung auf Antrag des Personensorgeberechtigten; die nächstwichtigen Gründe für Entlassungen waren Erreichung oder anderweitige Sicherstellung des Erziehungszweckes. Abgänge wegen Volljährigkeit, geistiger oder seelischer Regelwidrigkeit oder Tod des Minderjährigen kamen kaum vor.

Von den 526 am 31.12.1965 untergebrachten Minderjährigen waren vier Fünftel in Erziehungsheimen der freien Jugendhilfe und privater gewerblicher Träger, ein knappes Fünftel in der eigenen Familie und 14 in einem Arbeitsverhältnis untergebracht.

Von den 257 im Jahre 1965 entlassenen Minderjährigen waren während der Dauer der freiwilligen Erziehungshilfe 26 in keinem Heim, 204 in einem Heim, 26 in zwei Heimen und einer in drei Heimen gewesen.

Formlose erzieherische Betreuung, Erziehungsbeistandschaft und freiwillige Erziehungshilfe sind die mildereren Formen fürsorgischer Betreuung und setzen die Bereitschaft der Personensorgeberechtigten zur Mitwirkung an der jeweiligen Erziehungsmaßnahme voraus. Sie können bereits eingeleitet werden, wenn nur eine Gefährdung oder Schädigung in der Entwicklung des Minderjährigen vorliegt. Reichen sie nicht aus und droht der Minderjährige zu verwahrlosen oder ist er bereits verwahrlost, kann Fürsorgeerziehung angeordnet werden. Die Anordnung erfolgt durch das Vormundschaftsgericht.

Ende 1965 gab es in Schleswig-Holstein 266 Minderjährige in vorläufiger und 1 214 in endgültiger Fürsorgeerziehung. Von 10 000 Minderjährigen standen 20 in Fürsorgeerziehung. Gegenüber 1963 und 1964 hat sich ihre Zahl nicht wesentlich geändert. Die Zahl der männlichen Zöglinge in endgültiger Fürsorgeerziehung war doppelt so groß wie die der weiblichen, während der Unterschied bei der vorläufigen Fürsorgeerziehung nicht groß war (145 : 121). Der Abgang aus der vorläufigen Fürsorgeerziehung vollzog sich in der Hauptsache durch Überweisung in die endgültige Fürsorgeerziehung; in einigen wenigen Fällen endete die vorläufige Fürsorgeerziehung durch Aufhebung dieser Maßnahme gemäß § 67 Abs. 5 JWG.

Von den 1 424 untergebrachten Minderjährigen in vorläufiger und endgültiger Fürsorgeerziehung befand sich am 31.12.1965 fast die Hälfte in Erziehungsheimen der öffentlichen Hand (623) und der freien Jugendhilfe (42); ein knappes Drittel (472) in der eigenen Familie und der Rest (287) in sonstigen Stellen, darunter 112 in einem Lehr- oder Anlernverhältnis. Nicht untergebracht waren 56. In

1) "Wirtschaft und Statistik" 1963, S. 369 (Juni)

Fürsorgeerziehung nach der Art der Unterbringung

Art der Unterbringung	31. 12. 1965	
	männlich	weiblich
Minderjährige insgesamt	955	525
davon	- % -	
Untergebrachte Minderjährige	97,2	94,5
in Erziehungsheimen		
der öffentlichen Hand	40,8	49,2
der Träger der freien Jugendhilfe ¹	1,5	5,6
in eigener Familie ²	36,4	27,0
Sonstige Unterbringung	21,2	18,1
Nicht untergebrachte Minderjährige	2,8	5,5

1) gemäß § 5, Abs. 4 JWG

2) einschl. Lehr- und Arbeitsstellen

Erziehungsheimen privater gewerblicher Träger, die im Rahmen der freiwilligen Erziehungshilfe eine Rolle spielen, und in fremden Familien waren überhaupt keine Fürsorgezöglinge untergebracht. Die Unterbringung in der eigenen Familie ist als Fortsetzung der Fremderziehung gemäß § 69 Abs. 3 Satz 2 JWG zulässig, wenn dadurch der Zweck der Erziehungsmaßnahme nicht gefährdet wird. Ende 1963 gab es noch in geringem Umfang die Unterbringung in fremden Familien, ab 1964 jedoch nicht mehr.

Die endgültige Fürsorgeerziehung der 342 im Laufe des Jahres 1965 entlassenen Zöglinge endete in 135 Fällen durch Erlangung der Volljährigkeit, in 73 Fällen durch Erreichung des Erziehungszweckes, in 80 Fällen durch anderweitige Sicherstellung des Erziehungszweckes und in 51 Fällen durch Aufhebung der Fürsorgeerziehung unter Vorbehalt des Widerrufs gemäß § 75 Abs. 2 letzter Satz JWG; durch Tod schieden 3 Minderjährige aus.

Die 1965 in vorläufige und endgültige Fürsorgeerziehung überwiesenen 388 Minderjährigen verteilten sich auf die Altersgruppen von 6 bis unter 20 Jahre. 82 waren 6 bis 14 Jahre alt, 270 14 bis 19 Jahre und 36 19 bis 20 Jahre. 172 (44%) waren Kinder aus vollständigen Ehen, 61 (16%) waren Kinder aus geschiedenen Ehen, 110 (28%) uneheliche Kinder, 5 Vollwaisen und 40 Halbwaisen.

Von den 316 im Jahre 1965 endgültig aus vorläufiger oder endgültiger Fürsorgeerziehung entlassenen Minderjährigen hatten 28 bis zu 6 Monaten, 111 bis zu einem Jahr, 101 bis zu 2 Jahren, 56 bis zu 3 Jahren, 15 bis zu 5 Jahren, 4 bis zu 10 Jahren und einer über 10 Jahre in Fürsorgeerziehung zugebracht. Die Fürsorgeerziehung hat durchschnittlich länger gedauert als die freiwillige Erziehungshilfe. Von den Minderjährigen in freiwilliger Erziehungshilfe waren 1965 92% schon nach 2 Jahren wieder

entlassen, aus der Fürsorgeerziehung waren es nur 76%.

226 Fürsorgezöglinge hatten in dieser Zeit ein Heim beansprucht, 66 zwei Heime, 20 drei Heime, und 4 waren in vier und mehr Heimen gewesen. Da die Fürsorgeerziehung im Durchschnitt länger dauerte als die freiwillige Erziehungshilfe, wurden auch mehr Heime durchlaufen.

Einrichtungen der Jugendhilfe

Einen Überblick über die sonstigen Jugendhilfemaßnahmen erhält man, wenn man sich mit ihren Einrichtungen befaßt. Die Einrichtungen sind nicht immer von den Jugendämtern erbaut oder eingerichtet; sie unterstehen aber der Aufsicht des Landesjugendamtes. Sie dienen nicht nur der Durchführung der oben geschilderten Maßnahmen, sondern haben auch vielfältige allgemeine Aufgaben. So sind sie für die Freizeitgestaltung, Erholung, politische Bildung und internationale Begegnung oder die Beratung bestimmt. Sowohl die organisierten Jugendlichen als auch die nichtorganisierten können in den Genuß dieser Einrichtungen gelangen.

Die Statistik weist die Einrichtungen nach ihrer Art und ihren Trägern aus. Träger der Jugendhilfe sind die öffentliche Hand, die Verbände der freien Jugendhilfe und die privaten gewerblichen Träger. Die größte Zahl von Einrichtungen wurde Ende 1965 in Schleswig-Holstein von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt, nämlich 829 (48%). Demgegenüber gab es 628 Einrichtungen der freien Jugendhilfe (36%) und 282 Einrichtungen privater gewerblicher Träger (16%). Am 31.12.1963 wurden 635, 466 und 307 Einrichtungen gezählt.² Insgesamt waren also Ende 1965 in Schleswig-Holstein 1 739 Einrichtungen der Jugendhilfe vorhanden gegenüber 1 616 im Jahre 1964 und 1 408 Ende 1963. Ob dieser Anstieg eine echte Zunahme darstellt oder auf eine vollständigere Erfassung zurückzuführen ist, sei dahingestellt. Das Verhältnis der Einrichtungen, nach dem Träger gegliedert, ist in den Bundesländern verschieden; in Rheinland-Pfalz z. B. befanden sich 1965 allein 77% der Einrichtungen in den Händen der freien - meist karitativen - Jugendhilfe und nur 20% wurden von der öffentlichen Hand unmittelbar unterhalten³.

In den Heimen und Einrichtungen der öffentlichen Hand waren am 31.12.1965, soweit die

2) Verzeichnis der Einrichtungen der Jugendhilfe in Schleswig-Holstein nach dem Stande vom 1. 1. 1965 und 1. 1. 1966

3) "Die öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1965" in Stat. Monatsh. Rheinland-Pfalz 1966, S. 232 (Sept.).

Einrichtungen der Jugendhilfe. am 1. 1. 1966

	Einrichtungen der		
	öffent- lichen Hand	freien Jugend- hilfe	privaten gewerbl. Träger
Insgesamt	829	628	282
davon	- % -		
Heime für Mütter, Säuglinge, Kinder	3,4	2,9	13,1
Erziehungsheime	1,0	2,1	2,5
Kindergärten und -horte	11,7	20,9	26,6
Kur- und Erholungsheime	1,3	4,6	48,2
Ferienkolonien und feste Zeltlagerplätze	1,2	10,2	-
Jugendherbergen und -wohnheime	0,6	8,9	7,8
Jugendgruppenheime und Freizeittstätten	15,8	43,6	1,8
Jugendbüchereien und -bildungsstätten	59,5	1,6	-
Erziehungsberatungsstellen, Mütterschulen	1,2	3,0	-
Sonstige Einrichtungen	4,3	2,2	-

1) gem. § 5 Abs. 4 JWG

Plätze eine Rolle spielen und sich zählen lassen, 10 550 Plätze (19%) vorhanden, in den Einrichtungen der freien Jugendhilfe 32 795 Plätze (58%) und bei den privaten gewerblichen Trägern 13 115 Plätze (23%), insgesamt also 56 460 Plätze (1964 = 56 786). Das Übergewicht der Träger der freien Jugendhilfe nach der Zahl der verfügbaren Plätze ergab sich in erster Linie aus dem Vorhandensein von 64 Ferienkolonien und festen Zeltlagern mit 14 483 Plätzen, aus der Bereitstellung von 47 Jugendherbergen mit 16 362 Plätzen, aus der Schaffung von 120 Kindergärten mit 5 846 Plätzen und von 27 Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheimen für Minderjährige mit 3 014 Plätzen.

Die privaten gewerblichen Träger boten neben anderen Einrichtungen 136 Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheime mit 8 230 Plätzen und 71 Kindergärten mit 2 566 Plätzen an.

Von der öffentlichen Hand wurde eine Reihe von Einrichtungen unterhalten, bei denen die Plätze im Sinne der Erhebung nicht gezählt werden können, so 488 Jugendbüchereien, 9 Erziehungsberatungsstellen und 1 Jugendberatungsstelle. Außerdem unterhielt sie 58 Kindergärten mit 3 463 Plätzen, 10 Ferienkolonien oder feste Zeltlager mit 2 082 Plätzen, 39 Kinderhorte mit 1 064 Plätzen.

Es fällt auf, daß 1965 in Schleswig-Holstein nur 2 Jugendbüchereien von der freien Jugendhilfe unterhalten wurden, während es z.B. in Rheinland-Pfalz 684 gegenüber nur 398 der öffentlichen Hand gab⁴.

4) "Die öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1965" in Stat. Monatsh. Rheinland-Pfalz 1966, S. 232 (Sept.)

1965 ergab sich je Einrichtung folgende durchschnittliche Platzzahl: die Säuglingsheime 23, die Kinderheime 43, die Erziehungsheime 43, die Kindergärten 48, die Kinderhorte 25, die Kur-, Heil- und Erholungsheime 69, die Jugendwohnheime 52 und die Schülerwohnheime 53.

Aufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe

Nachdem durch das Jugendwohlfahrtsgesetz die Kostentragung für alle Maßnahmen der Jugendhilfe den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe auferlegt worden ist, während vordem die öffentliche Fürsorge dafür zuständig war, ist auch ein Nachweis der Ausgaben und Einnahmen der Jugendhilfe in die Statistik aufgenommen worden. Der Nachweis umfaßt sämtliche unmittelbaren Aufwendungen des Landes, der Kreise und Gemeinden für Maßnahmen nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz sowie die Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe. Nicht einbezogen sind die Ausgaben für Bauinvestitionen, für die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen und für den Erwerb von Grundstücken sowie die allgemeinen Verwaltungskosten der Jugendbehörden. Da hier speziell die nach dem JWG entstandenen Leistungsausgaben erfaßt werden, bleiben alle anderen Maßnahmen der öffentlichen Hand auf dem Gebiete der Jugendförderung unberücksichtigt, so z.B. das Kindergeld, die Ausbildungshilfen in der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge, die Förderung von Schule und Sport. Der Bruttoaufwand vermindert sich um die Einnahmen aus Kostenbeiträgen der Minderjährigen, ihrer Eltern und sonstigen Unterhaltsverpflichteten sowie aus übergeleiteten Ansprüchen gegen Versicherungsträger und andere Dritte (z.B. Lastenausgleich) und aus Zuweisungen des Bundes.

Danach belief sich der Gesamtaufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe 1965 auf 24,7 Mill. DM. Die Einnahmen betrugen 4,5 Mill. DM (= 18% der Ausgaben), so daß an reinen Kosten 20,2 Mill. DM verblieben. Die Zahlen für 1963 hatten infolge der erstmaligen Erfassung, besonders aber infolge von Abgrenzungsschwierigkeiten gegenüber der Sozialhilfe, nicht vollständig geliefert werden können und wurden daher nicht veröffentlicht. Leider hat sich nachträglich herausgestellt, daß auch die im Statistischen Bericht veröffentlichten Zahlen für 1964 noch lückenhaft gemeldet worden sind, so daß sie keine Vergleichsmöglichkeit bieten.

Die Jugendbehörden Schleswig-Holsteins gaben 1965 in eigener Zuständigkeit insgesamt 21 Mill. DM aus. Das ist fast das Sech-

Aufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe 1965.

— in 1 000 DM —

Ausgaben, Einnahmen Art der Hilfe ¹ im Berichtsjahr	Jugendhilfe		Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	Insgesamt
	außerhalb von Einrichtungen	in		
Ausgaben				
Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt	14,0	48,4	15,0	77,4
Unterbringung in Familienpflege und Heimpflege	2 417,2	8 058,2	0,5	10 475,8
Kindertagesstätten	.	2 519,5	621,6	3 141,1
Erzieherische Betreuung im Rahmen der Gesundheitshilfe	—	18,2	14,3	32,5
Jugendberufshilfen	0,3	2,4	159,2	161,9
Vormundschaftswesen, Erziehungsbeistandschaft und Jugendgerichtshilfe	7,0	.	0,4	7,3
Beratung in Fragen der Ehe, Familie und Jugend	17,3	2,0	163,4	182,7
Jugendschutz	19,1	2,5	27,4	49,0
Erholungspflege	25,4	347,7	1 176,0	1 549,0
Freizeithilfen	350,9	982,8	660,5	1 994,2
Außerschulische Bildung	44,7	45,2	361,4	451,4
Freiwillige Erziehungshilfe	9,4	2 124,1	.	2 133,5
Fürsorgeerziehung	21,7	3 809,8	.	3 831,5
Sonstige Ausgaben	26,4	35,4	65,7	127,4
Fortbildung, Führungs- und Leitungsaufgaben	1,9	0,3	468,5	470,7
Ausgaben insgesamt	2 955,3	17 996,3	3 733,8	24 685,5
Einnahmen				
Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche (§§ 81, 82, 85 JWG)	1 014,7	3 181,5	.	4 196,2
Zuweisungen des Bundes	2,0	7,7	168,1	177,8
Sonstige Einnahmen	49,1	54,0	—	103,0
Einnahmen insgesamt	1 065,8	3 243,1	168,1	4 477,1
Reine Ausgaben	1 889,6	14 753,2	3 565,7	20 208,4

1) Aufgliederung in Anlehnung an die kommunale Haushaltsgliederung; einschl. Kosten der öffentlichen Einrichtungen, ohne allgemeine Verwaltungskosten der Jugendbehörden sowie ohne Aufwendungen für Investitionen

fache der Mittel, die in Form von Zuschüssen über die Träger der freien Jugendhilfe ihrem Verwendungszweck zugeführt wurden (3,7 Mill. DM). Von den Jugendämtern wurden für Jugendhilfe in Einrichtungen 18 Mill. DM brutto (86%), für Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen 3 Mill. DM (14%) ausgegeben. Die größten Einnahmen wurden für in Einrichtungen gewährte Maßnahmen in Höhe von 3 1/4 Mill. DM erzielt; für Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen wurde 1 Mill. DM vereinnahmt.

Die kreisfreien Städte hatten einen Gesamt-Bruttoaufwand von 9,8 Mill. DM gegenüber 7,7 Mill. DM in den Kreisen und 7,2 Mill. DM beim Landesjugendamt. Kiel allein mußte 4 Mill. DM, Lübeck 2 3/4 Mill. DM aufbringen. Unter den Kreisen stand Pinneberg mit 1 1/4 Mill. DM an der Spitze, während Eiderstedt nur 73 000 DM ausgab.

Unter den Ausgaben für Jugendhilfe standen die Aufwendungen für Unterbringung in Heimpflege mit 8 Mill. DM an erster Stelle. Für Kindertagesstätten wurden 3,1 Mill. DM und für Unterbringung in Familienpflege 2,4 Mill. DM ausgegeben.

Die Anstalts- und Heimkosten der Fürsorgeerziehung erreichten eine Höhe von 3,8 Mill. DM. Darunter wurden 3,6 Mill. DM für Erziehungsheime der öffentlichen Hand ausgegeben. Die Heimkosten der freiwilligen Erziehungshilfe kamen auf 2,1 Mill. DM. Heime der öffentlichen Hand waren daran nicht beteiligt, wohl aber mit 1,8 Mill. DM die Erziehungsheime der Träger der freien Jugendhilfe und Erziehungsheime von privaten gewerblichen Trägern mit 156 000 DM. Im Rahmen der Fürsorgeerziehung und der freiwilligen Erziehungshilfe fielen Einnahmen von 807 000 DM an, so daß der

Nettoaufwand zusammen 5,2 Mill. DM ausmachte.

Je untergebrachten Minderjährigen wurden 1965 im Durchschnitt für freiwillige Erziehungshilfe 4 056 DM (1964 = 3 195 DM) ausgegeben, für Fürsorgeerziehung 2 691 DM (1964 = 2 610 DM). Das sind monatlich 338 DM und 224 DM. Die Einnahmen sind dabei nicht berücksichtigt. Die Kosten der Fürsorgeerziehung lagen also je Fall und Jahr wesentlich niedriger als die der freiwilligen Erziehungshilfe.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz hat der Tätigkeit und den Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe den Vorrang vor den behördlichen Trägern gegeben. Zu ihnen gehören gemäß § 5 Abs. 4 JWG die freien Vereinigungen der Jugendwohlfahrt, die Jugendverbände, juristische Personen, Kirchen und sonstige Religionsgesellschaften. Die Jugendämter haben für deren Maßnahmen und Einrichtungen die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und ihre Veranstaltungen zu fördern.

Zu diesem Zweck sind 1965 Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe in Höhe von 3,7 Mill. DM gegeben worden, die sich durch entsprechende Einnahmen auf 3,6 Mill. DM reine Kosten verminderten. Durch die Träger der freien Jugendhilfe ist in erster Linie Erholungspflege betrieben worden. Die Zuschüsse auf diesem Sektor beliefen sich auf 1,2 Mill. DM, an zweiter Stelle standen die Freizeithilfen

mit 660 000 DM und an dritter Stelle die Förderung der Kindertagesstätten mit 622 000 DM. Führungs- und Leitungsaufgaben der freien Jugendwohlfahrtspflege wurden mit 461 000 DM unterstützt. Einen wichtigen Posten stellte auch die außerschulische Bildung dar, die mit Zuschüssen in Höhe von 361 000 DM bedacht wurde, desgleichen die Jugendberufshilfe mit 160 000 DM.

Die Jugendhilfeaufwendungen insgesamt ergaben 1965 je Einwohner Schleswig-Holsteins eine Belastung von durchschnittlich 10,12 DM, und zwar in den kreisfreien Städten von 14,33 DM und in den Kreisen von 4,37 DM. Am höchsten waren unter den kreisfreien Städten die Ausgaben in Neumünster mit 19,43 DM, unter den Kreisen in Eckernförde mit 6,85 DM, während sie sich im Kreis Süderdithmarschen nur auf 2,07 DM beliefen. 1965 lag der Gesamtaufwand je Einwohner im Bundesdurchschnitt bei 13,19 DM (1964 = 11,35 DM). In den einzelnen Ländern war der Aufwand sehr unterschiedlich, er lag am niedrigsten in Bayern, Niedersachsen und Saarland (zwischen 8,43 und 8,65 DM) und erreichte in Hamburg und Berlin (West) eine Höhe von 35,97 bzw. 43,11 DM je Einwohner.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Öffentliche Jugendhilfe 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 311 (Oktober) und "Öffentliche Jugendhilfe 1965" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 579 (September)

Zur Grafik des Monats:

Das Bildungspotential in den nächsten 20 Jahren

Seit einigen Monaten liegt eine Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein vor, die als Ausgangsbasis den Bevölkerungsstand Anfang 1966 verwendet. Danach wird die Bevölkerung Schleswig-Holsteins bis 1986 – soweit geht diese Vorausschätzung – stetig zunehmen. Die Bevölkerung wurde für alle Altersjahre berechnet, so daß es möglich ist, einzelne Altersstufen und -gruppen in ihrer Entwicklung in den kommenden 20 Jahren gesondert zu betrachten.

In den letzten Jahren richtete sich die öffentliche Diskussion in steigendem Maße auf bildungspolitische Fragen. Man untersucht, welche Bildungschancen für junge Menschen in der Bundesrepublik bestehen, in welchem Maße sie davon Gebrauch machen und welche Vorurteile und Schwierigkeiten einer besseren Schulausbildung unserer Jugend entgegenstehen. Im folgenden soll versucht werden, einen wesentlichen Teil dieses Fragenkreises zu objektivieren, nämlich die demografischen Grundlagen.

Alle Überlegungen hinsichtlich der schulischen Ausbildung der Kinder müssen sich unter anderem daran orientieren, wie

viele Kinder und Jugendliche in einem bestimmten Alter jeweils vorhanden sind, wenn sie eine bestimmte Ausbildungsstufe beginnen oder verlassen. Die Zahl der "Beginner" beeinflusst maßgeblich die öffentlichen Planungen für Stellenpläne, Nachwuchs und jährlichen Finanzbedarf; die Zahl der Abgänger hingegen ist für die jeweils höhere Ausbildungsstufe und – als Beginn der beruflichen Ausbildung – für die Wirtschaft von Bedeutung. Für andere Zwecke (Schulbau und langfristigen Bedarf) ist es wichtig zu wissen, wie viele Kinder oder Jugendliche insgesamt sich gleichzeitig auf einer bestimmten Ausbildungsstufe befinden und deren Einrichtungen in Anspruch nehmen: Hierfür ist die Kenntnis der Stärke einer entsprechend begrenzten Altersgruppe wichtig.

Die Grafik des Monats in diesem Heft versucht, einiges Material zu diesen Fragen zu liefern. Der Kreis oben in der Mitte führt zunächst von der gesamten Bevölkerung (Fläche des ganzen Kreises) auf den Teil der Bevölkerung, dem sich die Aufmerksamkeit zuwendet, nämlich den 0- bis 25jährigen, denen die Bemühungen der Bildungspolitik in

den nächsten Jahrzehnten gelten sollen. Wir erkennen, daß dieser Teil Anfang 1966 reichlich ein Drittel der Bevölkerung, nämlich 38 %, ausmachte. Dieser Anteil wird sich in den nächsten 20 Jahren um nicht mehr als 1 % nach unten oder oben verändern. Er ist damit konstanter als z. B. der der "alten Leute". Dies gilt aber nur für die Gesamtheit der 0- bis 25jährigen.

Die Säulen im mittleren Bildteil zeigen, welche Anteile einzelne Altersgruppen an dem Block der 0- bis 25jährigen haben und wie sich diese Anteile nach jeweils einem Jahrzehnt verändern werden. Die Altersgruppen wurden so ausgewählt, wie es dem derzeitigen Schulsystem in Schleswig-Holstein entspricht: Das vorschulpflichtige Alter reicht bis zu den 5jährigen; die 6- bis 9jährigen bevölkern die Grundschulklassen; die 10- bis 14jährigen sind entweder in der Hauptschule oder sie sind auf weiterführende Schulen übergegangen; mit 15 und 16 Jahren scheiden die Volks- und Realschüler aus dem allgemeinbildenden Schulbereich aus; die 17- bis 19jährigen bilden die Oberstufe des Gymnasiums; mit 20 bis 25 Jahren spielt sich der Hauptteil des Studiums ab.

Das Bild in der Mitte erweckt zunächst den Eindruck, als ob auch die einzelnen Altersgruppen in den nächsten 20 Jahren fast unverändert blieben. In dieser Hinsicht täuscht jedoch die Form der Darstellung, die sich auf Anteile bezieht. Die zugrunde liegenden absoluten Zahlen verändern sich teilweise recht erheblich, wie die folgende Aufstellung – in 1 000 Personen – zeigt:

Altersgruppe	1966	1985	Veränderung
0 – 5	250	245	– 5
6 – 9	136	158	+ 23
10 – 14	155	208	+ 52
15 – 16	66	87	+ 21
17 – 19	97	135	+ 39
20 – 25	230	248	+ 18
0 – 25	934	1 081	+ 148

Die beiden äußeren Bildteile unterscheiden sich in der Darstellungsform wesentlich von den bisher besprochenen. Sie zeigen nicht Anteile von Altersgruppen an einer Summe, sondern die zu erwartende Entwicklung der einzelnen Altersstufen und Altersgruppen. Um diese verschiedenen Entwicklungen unmittelbar miteinander vergleichen zu können, war es nötig, ihnen einen gemeinsamen Ausgangspunkt zu geben, indem man die Zahl der Personen Anfang 1966 jeweils gleich 100 setzt. Eine besonders stark ansteigende Kurve bedeutet nicht, daß die betreffende Altersstufe oder -gruppe zahlreicher als die anderen sei, sondern daß sie gegenüber 1966 stärker zunehmen wird als die anderen.

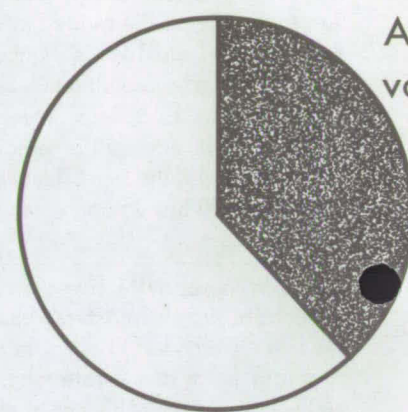
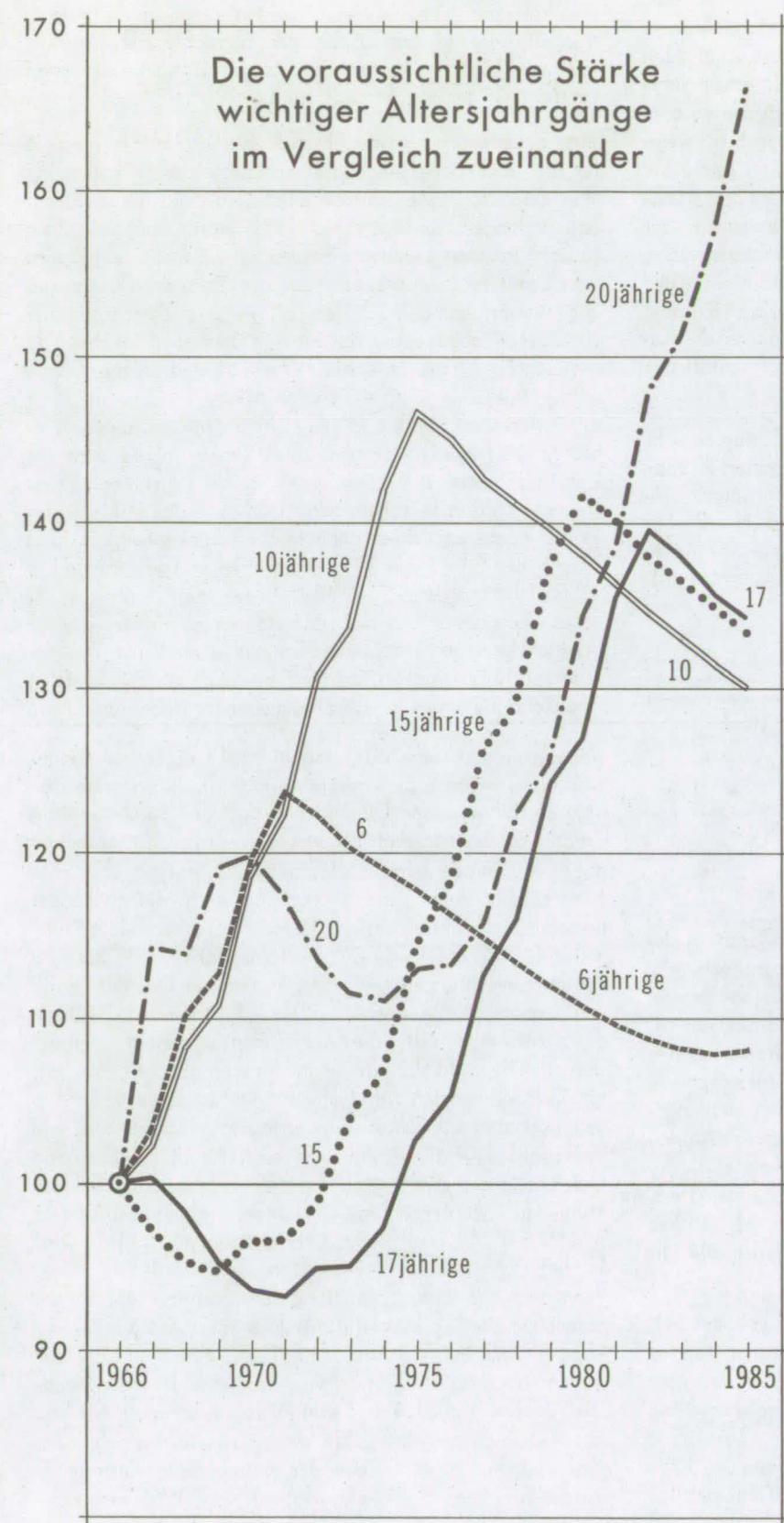
Der Gesamteindruck des linken Bildes wird von der vorherrschenden Aufwärtsbewegung in den einzelnen Kurven bestimmt. Dies bedeutet, daß in allen Altersstufen über die ganze Zeit hinweg die Besetzung zunehmen wird. Diese Zunahme verläuft jedoch nicht stetig. So wächst z. B. die Anzahl der 6jährigen bis Anfang der 70er Jahre stark, fällt dann jedoch langsam wieder ab. Ganz ähnlich verhalten sich die 10jährigen, nur mit dem Unterschied, daß

sie ihre größte Besetzung erst in der Mitte der 70er Jahre erreichen. Die 15jährigen verlaufen auch ähnlich, mit einem um 5 Jahre verschobenen Besetzungsmaximum, aber von 1966 aus gesehen verringert sich ihre Anzahl zunächst. Es ist naheliegend, daß die 17jährigen einen um 2 Jahre verschobenen, aber parallelen Verlauf aufweisen. Die 20jährigen, die von allen betrachteten Altersstufen am frühesten geboren sind, zeigen einen ganz anderen Verlauf, der sie am Ende der betrachtenden Periode, nämlich 1985, zu einer Besetzung führt, die um zwei Drittel über der des Anfangs liegt.

Was bedeuten nun diese Kurvenverläufe im linken Bild für die bildungspolitischen Überlegungen und Planungen? Man muß sich z. B. darauf einstellen, daß die Zahl der Schulanfänger nur noch bis 1971 stark wachsen, dann jedoch langsam wieder schrumpfen wird. Dagegen wird man damit rechnen müssen, daß die Zahl der Übergänger auf weiterführende Schulen allein aus demografischer Ursache – abgesehen von einer stärkeren Ausschöpfung der Begabungsreserve – bis 1975 stark und stetig steigen wird. Nicht nur für die Schulpolitiker, sondern auch für die Wirtschaft bietet diese Grafik Informationen: Der größte Teil der 15jährigen eines jeden Jahres geht als Lehrlinge oder als Ungelernte in die Wirtschaft. Das Angebot an diesen 15jährigen wird – wie das Bild zeigt – in den nächsten Jahren noch leicht zurückgehen, ab 1973 jedoch den Stand von 1966 übertreffen und von da an bis 1980 Jahr um Jahr zunehmen. Unter den 20jährigen ist u. a. der größte Teil der Abiturienten zu finden, die ihr Studium beginnen möchten. Wenn diese auch nur 7 % der Altersstufe ausmachen, so sind sie doch für die künftige Hochschulplanung von ausschlaggebender Bedeutung.

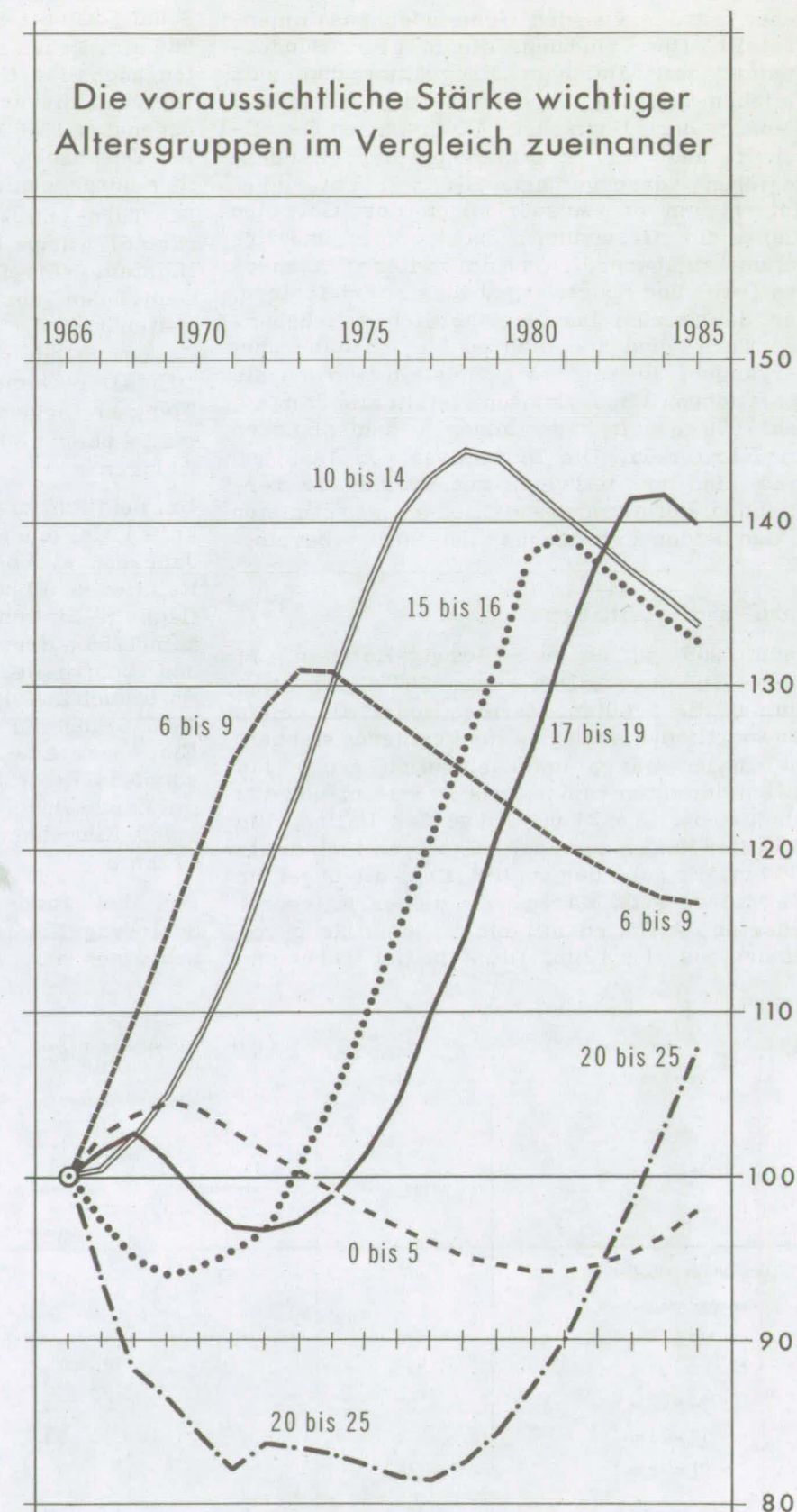
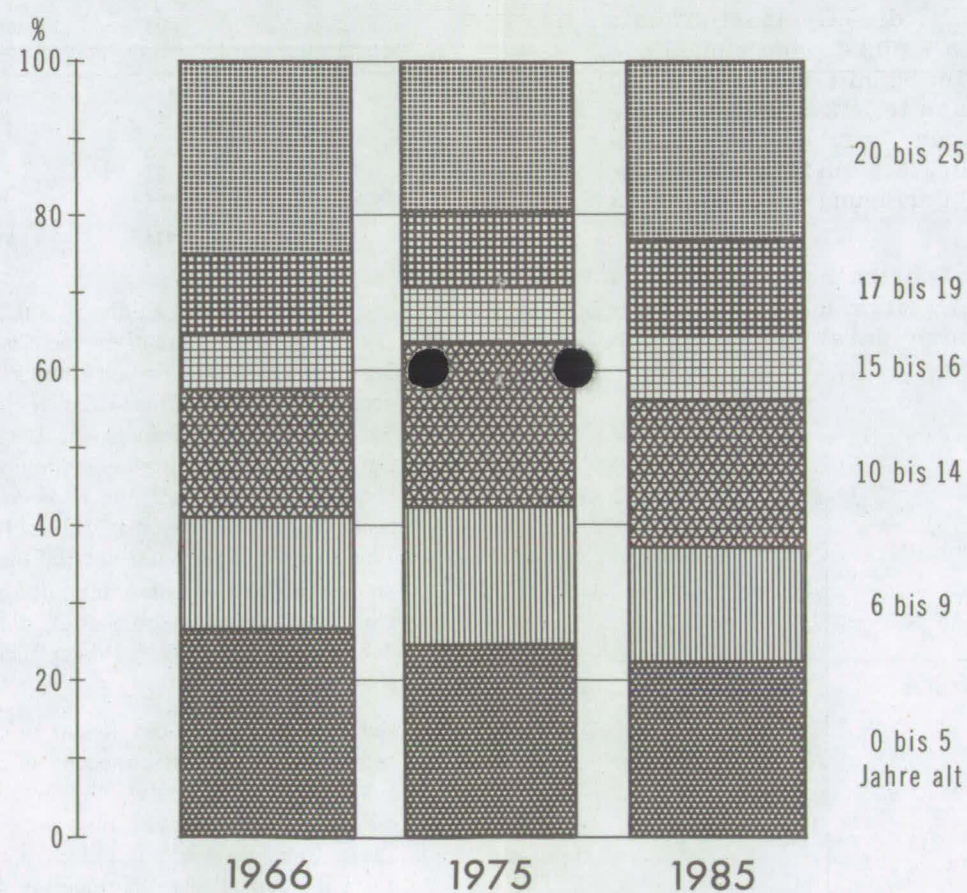
Wenn man sich vorstellt, daß ein Bild nicht nur ausgewählte, sondern alle Altersjahre enthält, in unserem Fall also 25 Kurven, dann leuchtet ein, daß eine so überlastete Zeichnung unübersichtlich werden würde. Wir brauchen aber im Grunde eine vollständige Übersicht über alle Kinder und Jugendlichen, auf die sich die Bildungsbemühungen richten sollen. Nur dann lassen sich Richtwerte für die auf lange Sicht erforderliche Größe der einzelnen Einrichtungen gewinnen. Im rechten Teil der Grafik des Monats wurde deshalb die Gesamtheit in 6 Altersgruppen unterteilt, die wie schon dargelegt begrenzt wurden. Die Zahl der Kinder im vorschulpflichtigen Alter, für die Kindergärten zur Verfügung stehen müssen, wird in den nächsten 20 Jahren nur geringfügig schwanken. Die Volksschule – die Grund- wie auch Hauptschule – muß sich bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre auf erheblich steigende Schülerzahlen einrichten, was sowohl mehr Schulräume als auch mehr Lehrer bedingt. Ähnlich wird es den Oberstufen der weiterführenden Schulen ergehen, wenn auch mit einer Verspätung von reichlich fünf Jahren gegenüber der Volksschule. Anders ist die Lage in der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen, aus der sich die Studenten rekrutieren. Hier wird die Anzahl in den nächsten Jahren zurückgehen, einige Jahre schwach bleiben und erst Ende der 70er Jahre wieder zu steigen beginnen, ohne jedoch bis zum Ende des betrachteten Zeitraumes wesentlich über den Anfangsstand von 1966 hinauszugelangen.

DAS BILDUNGSPOTENTIAL IN DEN NÄCHSTEN 20 JAHREN



Anteil der 0-bis 25jährigen,
von denen diese Grafik handelt,
an der gesamten Bevölkerung.

Weitere Untergliederung der 0-bis 25jährigen



Turn- und Sportstätten

Im Jahre 1966 wurden in Schleswig-Holstein die Turn- und Sportstätten gezählt. Dabei wurden alle am 31.12.1965 vorhandenen und im Bau befindlichen Anlagen erfaßt. Die Angaben wurden von den Gemeinden zusammengestellt. Die Erhebung, die in allen Bundesländern mit gleichem Programm und zum gleichen Stichtag abgelaufen ist, wurde auf Wunsch der Deutschen Olympischen Gesellschaft und mit Zustimmung der Landesregierung durchgeführt. Sie soll Unterlagen liefern, um die Auswirkungen des "Goldenen Planes für Gesundheit, Sport, Spiel und Erholung" zu überprüfen und um weitere Planungen des Turn- und Sportstättenbaues zu erleichtern. Seit der letzten bundeseinheitlichen Erhebung von Turn- und Sportstätten ist ein Jahrzehnt vergangen. In Schleswig-Holstein wurden die sportlichen Übungsstätten letztmalig am 30. Juni 1956 gezählt; in den anderen Bundesländern im Jahre 1955. Die Ergebnisse von 1956 und 1965 sind nur teilweise miteinander zu vergleichen. Definitionen und Gliederungen stimmen in den beiden Erhebungen nicht völlig überein.

Turn- und Sporthallen

Ende 1965 gab es in Schleswig-Holstein 471 Turn- und Sporthallen sowie 151 Gymnastikräume, die Schulen, Vereinen oder allgemein zur sportlichen Ausübung zur Verfügung standen. Die Hallen waren unterschiedlich groß. 176 Hallen umfaßten mindestens 10 x 18 m und 172 mindestens 12 x 24 m. Diese 348 Hallen, die 74% aller Hallen ausmachten, waren kleiner als 300 qm. Es gab aber auch Hallen, die ungefähr dreimal so groß waren. Zu dieser Kategorie gehörten 14 Hallen mit einer Sportfläche von mindestens 21 x 42 m. Die Zahl der Turn- und

Sporthallen hat sich gegenüber 1956 in Schleswig-Holstein erheblich erhöht. Die Hallen sind heute im Durchschnitt wesentlich größer als vor einem Jahrzehnt. 1956 hatte eine Halle im Schnitt 230 qm Sportfläche, 1965 waren es rund 280 qm. Neben den Turn- und Sporthallen konnten noch 151 Gymnastikräume erfaßt werden. Die Zahl dieser kleinen Übungsräume hat sich gegenüber 1956 verfünffacht. Damals waren sie im Durchschnitt 125 qm groß. Heute beträgt ihre durchschnittliche Größe 123 qm.

Die Turn- und Sporthallen (einschl. Gymnastikräume) waren Ende 1965 so über Schleswig-Holstein verteilt, daß nicht ganz 20% der Gemeinden des Landes eine oder mehrere Hallen hatten. Der Fortschritt gegenüber 1956 ist beachtlich. Damals gab es nur in knapp 10% aller Gemeinden Turn- und Sporthallen. Von den Eigentumsverhältnissen her gesehen, sind über 80% aller Hallen kommunale Anlagen.

Um deutlich zu machen, wie sich die Möglichkeiten, in einer Halle zu turnen, seit einem Jahrzehnt verbessert haben, bieten sich die Relationen Einwohner je Halle sowie Sportfläche je Einwohner an. Im Landesdurchschnitt kam 1956 auf rund 7 600 Einwohner eine Turn- und Sporthalle, wobei die Gymnastikräume - wie auch im folgenden - einbezogen sind. Ende 1965 brauchten sich im Schnitt nur noch 3 900 Einwohner eine Halle zu teilen. An Sportfläche standen Mitte 1956 in den Turn- und Sporthallen im Landesdurchschnitt 28,8 qm Sportfläche je 1 000 Einwohner zur Verfügung und Ende 1965 61,9 qm.

Daß das Turn- und Sporthallenprogramm in Schleswig-Holstein bei weitem noch nicht abgeschlossen ist, läßt sich daran ablesen, daß

Turn- und Sporthallen am 31. 12. 1965

	Hallen und Räume				Sportfläche in 1 000 qm
	insgesamt	davon			
		kommunale	vereins-eigene	sonstige	
Turn- und Sporthallen	471	397	19	55	132,4
darunter mindestens					
10 x 18 m	176	153	6	17	37,2
12 x 24 m	172	161	2	9	55,5
14 x 27 m	23	18	2	3	9,5
18 x 33 m	8	2	1	5	5,5
21 x 42 m	14	7	2	5	13,2
Gymnastikräume	151	124	8	19	18,6

Ende 1965 mehr als 50 Hallen im Bau waren, mit deren Fertigstellung 1966, 1967 oder in einigen Fällen 1968 gerechnet werden kann.

Schwimmhallen

Ende 1965 gab es in Schleswig-Holstein 25 Schwimmhallen, deren Wasserfläche rd. 4 800 qm umfaßte. Unter diesen Hallen waren 13 Lehrschwimmhallen, die verhältnismäßig klein waren. Sie hatten eine Beckengröße von höchstens 133 qm und eine Wassertiefe der Becken bis 1,25 m. Auf die Lehrschwimmhallen entfiel daher nur knapp ein Viertel der insgesamt in Hallen verfügbaren Wasserfläche. Von den übrigen 12 Schwimmhallen hatten 4 eine Wasserfläche von mehr als 300 qm. Sie befanden sich in den kreisfreien Städten Lübeck (500 qm), Flensburg (422 qm) und Kiel (396 qm) sowie im Kreis Südtondern (313 qm). Größer noch als die Lübecker Schwimmhalle war jedoch eine Schwimmhalle besonderer Art, nämlich die Meerwasserschwimmhalle mit Wellenanlage in Westerland auf der Insel Sylt mit einer Wasserfläche von 525 qm. Es gab noch eine zweite, kleinere Meerwasserschwimmhalle, und zwar in Grömitz im Kreis Oldenburg. Die meisten Hallenschwimmbäder, nämlich 20, waren kommunale Anlagen.

Schwimmhallen am 31. 12. 1965

	Schwimmhallen		Wasserfläche in 1 000 qm
	insgesamt	darunter kommunale Anlagen	
Lehrschwimmhallen ¹	13	13	1,1
Klein- und Kleinstschwimmhallen	6	4	1,2
Schwimmhallen mit mehr als 300 qm Beckengröße	4	2	1,6
Meerwasserschwimmhallen	2	1	0,8
Insgesamt	25	20	4,8

1) z. T. nur als Lehrschwimmbecken bezeichnet

In der Turn- und Sportstättenerhebung 1956 waren in Schleswig-Holstein 6 Hallenbäder erfaßt worden, wobei der damalige Begriff "Hallenbad" mit dem Begriff "Schwimmhalle" übereinstimmt. Die Zahl der Schwimmhallen hat sich also in einem Jahrzehnt mehr als vervierfacht. Der Schwimmhallenbau ist aber noch nicht abgeschlossen. Ende 1965 waren 10 Schwimmhallen, darunter eine Meerwasserschwimmhalle, und 6 Lehrschwimmbecken, im Bau.

Freibäder

Es ist außerordentlich schwierig, die Freibäder in Schleswig-Holstein, das zwischen Nord- und Ostsee liegt und außerdem viele Seen hat, richtig zu erfassen. Von den 1 389 Gemeinden des Landes hatten 171 angegeben, über ein oder mehrere Freibäder zu verfügen. Es konnten 204 Freibäder mit einer Wasserfläche von 25 Mill. qm erfaßt werden. Unter diesen Bädern waren 73 künstlich angelegte Freibäder mit einer Wasserfläche von rd. 78 000 qm. Die Zahl der Freibäder scheint sich gegenüber 1956 erheblich erhöht zu haben, und zwar vor allem die Zahl der künstlich angelegten Bäder. Damals wurden 123 Freibäder mit einer Badefläche (Wasserfläche) von 2,1 Mill. qm erfaßt, darunter 7 angelegte Bäder mit auszementiertem Schwimmbecken.

Sportplätze

Bei der Erhebung 1965 hatten 641 Gemeinden angegeben, mindestens einen Sportplatz zu haben. Das bedeutet, daß ungefähr jede zweite Gemeinde (46%) eine solche Sportstätte aufzuweisen hat. 1956 gab es nur in jeder dritten Gemeinde (35%) einen Sportplatz.

Insgesamt konnten 1 112 Sportplätze mit einer Sportfläche von 8,4 Mill. qm erfaßt werden. Nicht ganz drei Viertel aller Sportplätze gehörten den Kommunen. Dabei ist nicht zu

Sportplätze am 31. 12. 1965

	Sportplätze				Sportfläche in 1 000 qm
	insgesamt	davon			
		kommunale	vereinseigene	sonstige	
Kleinspielfelder unter 60 x 90 m	244	200	24	20	711
Spielfelder (mindestens 5 400 qm)	406	268	103	35	3 256
Spielfelder mit leichtathletischen Anlagen	237	178	49	10	2 089
Spielfelder mit Rundbahn und leichtathletischen Anlagen	136	95	27	14	1 832
Sonstige Sportplätze	89	74	7	8	520
Insgesamt	1 112	815	210	87	8 409

vergessen, daß auch die Schulsportplätze einbezogen wurden. Bei der Erhebung sind die Sportplätze nach verschiedenen Merkmalen gegliedert. Bei 406 Plätzen handelt es sich um wettkampfgerechte Spielfelder, auf denen Fußball, Handball, Hockey usw. regelgerecht gespielt werden kann. Ferner gab es 244 Kleinspielfelder unter 5 400 qm, die nur für Volleyball, Korbball und ähnliche Spiele ausreichen. Nicht zu vergessen sind die 237 Sportplätze mit leichtathletischen Anlagen wie 100-m-Bahn und Sprunggruben, und die 136 Sportplätze, die außer leichtathletischen Anlagen auch noch eine Rundbahn hatten. Diese Plätze dürften vielen Sportarten gerecht werden.

Wird die gesamte Sportfläche der schleswig-holsteinischen Sportplätze in Beziehung gesetzt zur Bevölkerung, so ergibt sich eine durchschnittliche Sportfläche von 3,4 qm je Einwohner. 1956 hatte diese Relation 2,7 qm betragen. Ende 1965 waren mehr als 50 Sportplätze noch nicht fertiggestellt.

Kinderspielplätze

Zu den Sportstätten im weitesten Sinne gehören auch die Kinderspielplätze. Ende 1965 wurden 963 Kinderspielplätze gezählt. Ihre Zahl hat sich seit 1956 auf das Viereinhalbfache erhöht. Außerdem waren Ende 1965 rund ein Dutzend Kinderspielplätze noch im Bau. Die Spielfläche umfaßte rund 1,3 Mill. qm (0,5 qm je Einwohner). Eine Spielanlage war im Mittel knapp 1 400 qm groß. Daß sich die Spielplätze vor allem in städtischen Bereichen konzen-

trieren, zeigt sich bereits daran, daß ein Drittel der Plätze und gut vier Zehntel der Spielfläche in den vier kreisfreien Städten zu finden waren. Die meisten Spielplätze galten als allgemeine Spielplätze. Ein Teil von ihnen war nur für Kleinkinder bis höchstens 7 Jahre bestimmt. Daneben gab es aber eine geringe Zahl spezieller Anlagen wie einfache Rollschuhplätze und Rollerbahnen, Wasserspielplätze und Robinsonplätze, das sind naturähnlich angelegte Spielplätze mit Buschwerk, Bäumen, Hügeln, Wasser u.ä. Von den Spielplätzen zusammen waren 80% kommunale Anlagen.

Sonstige Spiel- und Sportanlagen

Neben den bisher genannten Turn- und Sportstätten gab es eine große Anzahl von Anlagen, die anderen Sportarten dienen und zum größten Teil den Vereinen gehören. Unter den 1 706 erfaßten Anlagen dominierten die Schießstände (659 Einzelstände), die Kegelbahnen (376 Bahnen) und die Tennisplätze (278 Felder). In Schleswig-Holstein sind kaum Wintersportanlagen zu finden. Dagegen gibt es erwartungsgemäß viele Anlagen für den Wassersport. Erfaßt werden konnten 95 Bootshäuser für Segelboote, Ruderboote, Kanus und Motorboote, 54 Segelhäfen und eine große Zahl von Regattabahnen, die zum Teil nur im Bedarfsfall markiert werden (z. B. für die Kieler Woche).

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Turnen und Sport in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 215 (Juli)

Umsätze im Gastgewerbe 1966

Eine allgemeine Aussage über das Gastgewerbe zu machen, ist immer schwierig. Das liegt daran, daß zum Gastgewerbe recht verschiedene Betriebsarten gehören, deren Entwicklung und vergleichbare Größen, wie Umsatz und Beschäftigtenzahl, erheblich voneinander abweichen. Das gesamte Gastgewerbe umfaßte im Bundesgebiet bei der letzten Totalzählung 1960 160 000 Unternehmen mit 640 000 Beschäftigten, die 11 Milliarden DM umsetzten. Teilt man nur in die 130 000 Gaststätten- und die 30 000 Beherbergungsbetriebe, so zeigen sich schon wesentliche Unterschiede. Während im Durchschnitt ein Gaststättenbetrieb mit 3,6 Beschäftigten im Jahr 66 000 DM umsetzte, hatte ein Beherbergungsbetrieb 5,3 Beschäftigte und erreichte damit einen Umsatz von 80 000 DM. Trotz höheren Umsatzes und höherer Beschäftigtenzahl liegt der Umsatz

je Beschäftigten hier um fast ein Fünftel niedriger.

Wenn man vom Gastgewerbe insgesamt spricht, muß man sich im klaren sein, daß dann solche Unterschiede überbrückt werden. Hinter den gemeinsamen Durchschnitt verschwindet die Struktur. Trotzdem hat eine derartige Betrachtung ihren Wert, wenn man nämlich mit anderen Bereichen der Wirtschaft vergleichen will.

Geht man vom Jahre 1962 aus und setzt die Umsätze des Gastgewerbes im Bundesgebiet in diesem Jahr gleich 100, so stiegen sie über 104 für 1963, 110 für 1964 und 116 für 1965 auf 120 im Jahre 1966. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist vergleichsweise 1966 auf 35% des Wertes von 1962 angewachsen. Das bedeutet, daß das Gastgewerbe an der seitdem aufgetretenen zusätzlichen "Kaufkraft" nicht

den Anteil hat, den es 1962 besaß. Das muß auch keineswegs so sein, da der Verbraucher frei wählen kann, und das Auto und die bessere Wohnung in scharfer Konkurrenz mit allen möglichen Dienstleistungen liegen. Wie das ausgeht, sieht man daran, daß die Einzelhandelsumsätze von 1962 bis 1966 um 33% gestiegen sind. In den Einzelhandelsumsätzen sind ja nicht nur Lebensmittel, sondern auch Bekleidung, Hausrat, Kraftfahrzeuge, kurz alles, was an Letztverbraucher verkauft wird, enthalten. Die Haushalte haben also ihre "Kaufkraft" gegenüber früher verhältnismäßig mehr dem Kauf von Waren zugewandt als der Benutzung derjenigen Dienstleistungen, die das Gastgewerbe anbietet.

Der Umsatzanstieg beruht nicht nur auf einer Erhöhung der abgegebenen Leistungen, sondern auch auf einer Steigerung der Preise. Über die Gaststättenpreise liegen nur wenige Unterlagen vor, aber sie geben doch ein ausreichendes Bild. Von August 1962 bis August 1965 - für 1966 liegen noch keine Zahlen vor - sind die Preise für Getränke um 8%, für Speisen um 19%, für Frühstück um 9% und für Übernachtung um 20% angewachsen. Den durchschnittlichen Anstieg darf man auf etwa 13 - 14% schätzen. Er liegt höher als die Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung, die 9% betrug. Bei dem hohen Lohnanteil der Gaststättenpreise ist diese Differenz verständlich. Vergleicht man den durchschnittlichen Preisanstieg von 13 - 14% mit dem Umsatzzuwachs von 16% für 1965, so sieht man, daß fast die gesamte Steigerung auf einer Erhöhung der Preise und nur ein kleiner Teil auf vermehrter Nachfrage nach Leistungen des Gastgewerbes beruht.

Der Umsatzzuwachs von 20% für das Jahr 1966 gegenüber 1962 stellt, wie schon gesagt, einen Durchschnitt dar, der für die einzelnen Betriebsarten nicht zutrifft. Auch die Steigerung um 4,2% von 1965 auf 1966 ist ein Durchschnitt für das gesamte Gastgewerbe. Für die Gaststätten verlief die Entwicklung nicht so günstig. Gegenüber 1962 setzten sie 17% und gegenüber dem Vorjahre 3,3% mehr um. Es ist in allen Jahren seit 1962 so gewesen, daß die Umsätze der Gaststätten weniger anstiegen als die des Beherbergungsgewerbes. Der Durchschnitt des Gaststättengewerbes trifft ziemlich genau für die Gast- und Speisewirtschaften und für die Cafés zu. Wesentlich darunter lagen die Bahnhofswirtschaften. Es liegt wohl in der Natur dieser Betriebe, daß sie ziemlich gleichmäßig besucht werden, dafür aber auch an einem Aufstieg nur in geringerem Maße teilhaben. Jedenfalls setzten sie 1966 nur 11% mehr um als 1962 und 0,4% mehr als 1965. Das sind die kleinsten Zuwachsraten im Gastgewerbe. Überdurchschnittlich gut entwickelten sich dagegen die Umsätze der Bars, Tanz- und Vergnügungs-

lokale. Sie lagen 31% höher als 1962 und 5,6% über denen von 1965. In allen Betriebsarten liegen die Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahre 1966 niedriger als 1965. Insgesamt sanken sie von 5,4% auf 3,3%, am stärksten bei den Bahnhofswirtschaften (von 6,7% auf 0,4%) und den Bars, Tanz- und Vergnügungslokalen (von 12,0% auf 5,6%).

Verhältnismäßig günstiger als in den Gaststätten entwickelten sich die Umsätze in den Beherbergungsbetrieben. Sie setzten 29% mehr als 1962 und 6,3% mehr als im Vorjahre um. Dabei erhöhte sich der Verpflegungsumsatz nur um 25% bzw. 5,3%, der Übernachtungsumsatz dagegen um 44% bzw. 10,6%. Immerhin liegt die Steigerung des Verpflegungsumsatzes über der in den Gast- und Speisewirtschaften, was auf den Verzehr der steigenden Zahl von Hausgästen zurückzuführen ist. Die Übernachtungsumsätze lassen sich mit der Zahl der Übernachtungen aus der Fremdenverkehrsstatistik vergleichen. Geht man vom Fremdenverkehrsjahr 1961/62 aus, so wurden im Jahr 1965/66 17% mehr Übernachtungen gezählt. Zu diesem Anstieg der Menge der Leistungen muß noch ein Anstieg des durchschnittlichen Wertes der Einzelleistung um 23% kommen, damit man zu den oben genannten 44% Steigerung des Übernachtungsumsatzes kommt. Dieser Wert setzt sich aus Preis und Qualität zusammen. Wenn auch die Preise für 1966 noch nicht vorliegen, so darf man doch annehmen, daß die Steigerung 23% gegenüber 1962 überstiegen wird, da 1965 die Übernachtungspreise schon um 20% gestiegen waren. Das würde heißen, daß der Gast einen Ausgleich durch Senken seiner Qualitätsansprüche gesucht hat. Anders würde das Produkt von Qualitäts- und Preisentwicklung nicht in die Rechnung hineinpassen. $(1,44 (\text{Umsatz}) = 1,17 (\text{Menge}) \times 1,25 (\text{Preis}) \times 0,98 (\text{Qualität})$). Hierfür spricht auch, daß die Übernachtungsumsätze in den Hotels von 1965 auf 1966 um 10,0%, in den Gasthöfen aber um 13,5% gestiegen sind.

Umsatz des Beherbergungsgewerbes 1966

Betriebsart	Gesamt- umsatz	davon	
		Ver- pflegungs- umsatz	Über- nachtungs- umsatz
1962 = 100			
Hotels	131	126	149
Gasthöfe	127	124	141
Fremdenheime und Pensionen	126	122	133
Zunahme gegenüber 1965 in %			
Hotels	6,5	5,9	10,0
Gasthöfe	6,2	4,9	13,5
Fremdenheime und Pensionen	6,3	4,2	10,5

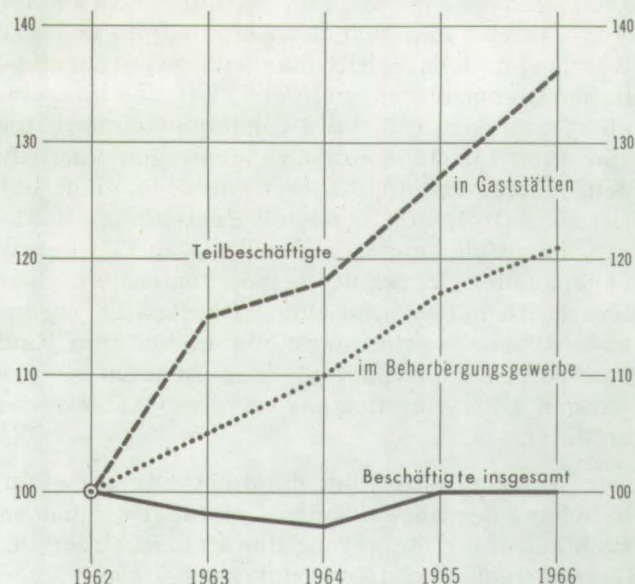
Innerhalb des Beherbergungsgewerbes sind die Unterschiede nicht so groß wie bei den Gaststätten. An der Spitze liegen die Hotels mit einem Mehr von 31% gegenüber 1962 und 6,5% gegenüber dem Vorjahre. Die Gasthöfe erreichten nur 27% bzw. 6,2%. Noch ein wenig niedriger lagen die Fremdenheime und Pensionen, deren Umsatz nur um 26% bzw. 6,3% stieg. Der Verpflegungsumsatz ist seit 1962 ziemlich gleichmäßig um 22 - 26% gestiegen. Gegenüber dem Vorjahre zeigen sich etwas größere Unterschiede, da die Umsätze zwischen 4,2% bei den Fremdenheimen und Pensionen und 5,9% bei den Hotels stiegen. Die Übernachtungsumsätze der Hotels lagen 49% höher als 1962 und 10% höher als 1965. Die Gasthöfe lagen im langfristigen Vergleich mit 41% niedriger, gegenüber dem Vorjahre schnitten sie mit 13,5% aber besser ab. Auch die Fremdenheime und Pensionen standen hier mit 10,5% etwas über den Hotels, dagegen blieben sie gegenüber 1962 mit 33% merklich zurück.

Vergleicht man die Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahre für 1965 und 1966, so zeigt sich, daß sie für den Verpflegungsumsatz zurückgingen mit Ausnahme der Gasthöfe, die gleiche Zuwachsraten erreichten. Bei den Übernachtungsumsätzen konnten nur die Hotels nicht den gleichen Zuwachs erzielen, Gasthöfe und besonders Fremdenheime und Pensionen verbesserten sich. Im Gesamtumsatz wirkte sich das so aus, daß die Zuwachsraten sanken, außer bei den Gasthöfen, wo sie stiegen.

Völlig anders als die Umsätze entwickelte sich die Zahl der Beschäftigten. Seit 1962 ist sie zunächst etwas gesunken und erreichte erst 1965 ihren alten Stand, den sie 1966 dann um 0,6% überschritt. Zu den Beschäftigten sind hier tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Lehrlinge, Voll- und Teilbeschäftigte gezählt. Da die Teilbeschäftigten, deren Anteil 1960 etwa ein Siebentel ausmachte, um 32% zugenommen haben, müssen die Vollbeschäftigten um 5% zurückgegangen sein. Dadurch ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Normalarbeitsstunden weniger geworden, es ist aber eine größere Elastizität in der Anpassung an den Arbeitsbedarf erreicht, der ja nicht nur im Tagesrhythmus, sondern auch im Laufe der Woche und des Jahres schwankt. Man sieht dies deutlich an der Spitzenbeschäftigung von Teilbeschäftigten im Mai und September. In den Monaten dazwischen ging ihre Zahl zurück, weil ein Teil von ihnen voll beschäftigt

D - 3778

Beschäftigte im Gastgewerbe



wurde. Am wenigsten Teilbeschäftigte gab es im November. Damit war dieser Monat auch der mit der geringsten Beschäftigtenzahl überhaupt. Die Spitze dieser Zahl lag im Juli.

Natürlich zeigen sich auch bei der Beschäftigtenzahl Unterschiede zwischen den Betriebsarten. Die Gaststätten hatten insgesamt nur soviel Beschäftigte wie 1962 und wie auch im Vorjahre. Die Teilbeschäftigten haben allerdings um 36% gegenüber 1962 zugenommen. Bei der Gesamtzahl änderten sich die Verhältnisse innerhalb der Betriebsarten gegenüber 1965 kaum. 1966 hatten Gast- und Speisewirtschaften gleich viel Beschäftigte wie 1962, Bahnhofswirtschaften und Cafés 1% weniger und Bars, Tanz- und Vergnügungslöke 6% mehr.

Im Beherbergungsgewerbe wurden 1% mehr Personen beschäftigt als 1962. Die Teilbeschäftigten nahmen nur um 21% zu. Hier ist die Änderung der Struktur nicht so stark wie in den Gaststätten. Insgesamt konnten die Hotels ihren Personalstand gegenüber 1962 um 5% verbessern. Die Gasthöfe hielten ihn. Die Fremdenheime und Pensionen lagen aber um 9% unter dem Stand von 1962. Sie haben aber einen verhältnismäßig starken Anstieg der Teilbeschäftigten (34%) zu verzeichnen und zeigen auch die größte Saisonschwankung im Beschäftigtenstand.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Umsätze im Gastgewerbe" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 104 (Mai)

Obstbäume und Obstanlagen 1965

Ergebnisse der Obstbaumzählung

In den Monaten September und Oktober 1965 fand aufgrund des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964 in allen Ländern der Bundesrepublik eine Obstbaumzählung statt. Abweichend von den anderen Bundesländern hat Schleswig-Holstein diese Zählung größtenteils repräsentativ durchgeführt und nur den Obstbau in den Plantagen total erfaßt, hier allerdings eingehender und weitreichender.

Ähnliche Zählungen waren in den Jahren 1958, 1951, 1947 und 1938 durchgeführt worden. Soweit die Ergebnisse dieser Zählungen vergleichbar sind, sollen sie nachfolgend mit erwähnt werden. Darüber hinaus gibt es noch Zahlen über Obstbäume aus den Jahren 1934, 1913 und 1900, die mit den Zahlen ab 1938 wegen Veränderung des Gebietsstandes allerdings nicht vergleichbar sind.

Die Ergebnisse der Obstbaumzählungen (Baumzahlen und Flächen der Obstanlagen) dienen zusammen mit den Ertragschätzungen der amtlichen Berichterstatte zur Berechnung der Obsternten.

Die Obstbaumbestände

1965 waren in Schleswig-Holstein 4,36 Mill. Obstbäume vorhanden. Damit hat sich die Ausweitung der Bestände von 1947 bis 1958 nicht fortgesetzt; vielmehr ist die Zahl der Obstbäume gegenüber 1958 um rd. 80 000 zurückgegangen. Dabei hat infolge verminderter Zahl von Neupflanzungen zwischen den letzten beiden Zählungen nur die Zahl der noch nicht ertragfähigen Obstbäume abgenommen. Ertragfähige Obstbäume wurden dagegen rd. 123 000 mehr nachgewiesen als im Jahre 1958.

Zählungsjahr	Obstbäume ins- gesamt ¹	davon waren			
		ertragfähig		noch nicht ertragfähig	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1938	3 364 831	2 602 368	77,3	762 463	22,7
1947	3 144 554	2 028 612	64,5	1 115 942	35,5
1951	4 220 327	3 195 324	75,7	1 025 003	24,3
1958	4 436 352	3 518 924	79,3	917 428	20,7
1965	4 357 061	3 641 544	83,6	715 517	16,4

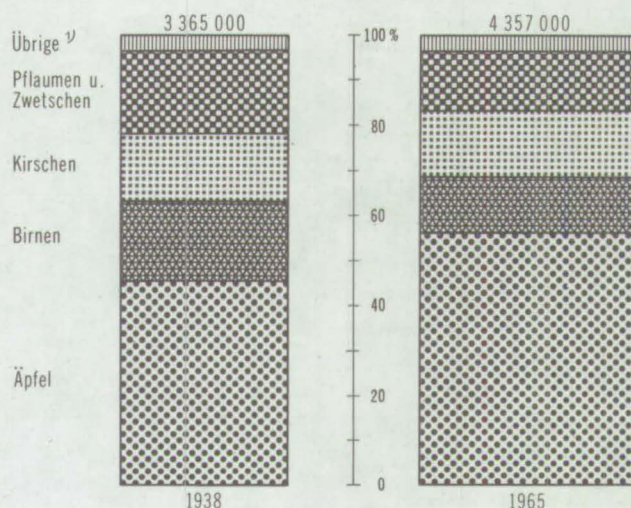
¹) ohne abgängige Bäume und ohne Quittenbäume

Während der Vergleichszeit hat sich das Verhältnis der Obstarten zueinander laufend verändert und zwar zugunsten der wichtigsten Art, der Äpfel. Deren Anteil am Bestand aller Obstbäume stieg von 45% im Jahre 1938 auf 56% im Jahre 1965. Die Zahl der Apfelbäume war bereits bis 1958 um fast 1 Mill. auf knapp 2,5 Mill. Stück gestiegen. Außer den Apfelbäumen hat von den wichtigen Baumobstarten

¹) veröffentlicht in "Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins", Herausg.: Stat. Landesamt S.-H. 1967

D - 3775

Die Obstbaumbestände nach der Art
1938 und 1965



¹) ohne Quittenbäume

seit der Vorkriegszeit nur die Zahl der Kirschbäume zugenommen und zwar von 505 000 auf 638 000 Stück. Mit 15% waren die Kirschen 1965 die zweitwichtigste Obstart in Schleswig-Holstein. Es folgen die Pflaumen und Zwetschen mit 573 000 Bäumen (13%) und die Birnen mit 552 000 Bäumen (knapp 13%).

Bei den Obstbaumzählungen wurde unterschieden zwischen ertragfähigen und noch nicht ertragfähigen Bäumen. Als ertragfähig galt ein Baum, der Fruchtholz und Fruchtruten aufwies, auch wenn er zufällig im Erhebungsjahr keine Früchte trug. Außerdem gab es Richtwerte für den Beginn der Ertragfähigkeit (z. B. 6 Jahre nach der Pflanzung bei Apfel-Buschbäumen).

Das Verhältnis ertragfähiger Bäume zu den noch nicht ertragfähigen (Jung-) Bäumen kann - unter Berücksichtigung der Lebensdauer, die von Obstart und Stammform beeinflusst wird - einen Hinweis auf die zukünftige Entwicklung der Bestände geben. Die Apfelbäume als wichtigste Obstart in unserem Lande haben, insbesondere bei den Buschbäumen und Spindeln, einen größeren Anteil von Jungbäumen, als die meisten anderen Obstarten. Allerdings hat die absolute Zahl der noch nicht ertragfähigen Apfelbäume gegenüber den beiden vorangegangenen Zählungen erheblich abgenommen.

Bei den Birnen ist die Zahl der Jungbäume weiter stark zurückgegangen. Daß die Zahl der ertragfähigen Birnbäume trotz geringer Zahl von Neuanpflanzungen zwischen 1951 und 1958 nur wenig abgenommen hat, dürfte einer-

Obstart — Baumform	Anteil ertragfähiger Bäume an der Gesamtzahl in %
Äpfel zusammen	81
davon	
Hoch- und Halbstämme	88
Buschbäume und Viertelstämme	70
Spindeln und Spaliere	77
Birnen zusammen	87
davon	
Hoch- und Halbstämme	89
Buschbäume und Viertelstämme	74
Spindeln und Spaliere	77
Süßkirschen	86
Sauerkirschen	84
Pflaumen und Zwetschen	91
Mirabellen und Renekloden	87
Aprikosen	87
Pfirsiche	76
Walnüsse	84
Baumobst insgesamt ¹	84

1) ohne Quittenbäume

seits eine Folge des hohen Bestandes an Jungbäumen 1951 und andererseits ein Zeichen für eine Überalterung der Bestände sein. Die steigende Tendenz der Süßkirschen dürfte sich auch in den kommenden Jahren noch schwach fortsetzen, während bei den Sauerkirschen bereits 1965 ein Stillstand eingetreten ist. Weiter abgenommen haben die Bestände an Pflaumen- und Zwetschenbäumen, die 1965 noch stärker überaltert waren und daher auch in Zukunft weiter verschwinden dürften.

Jahr	Von allen Obstbäumen ¹ standen		
	in geschlossenen Obstanlagen	an Straßen, Wegen und Kanälen	in Haus- und Klein- und Schrebergärten
	I, II a-c	II d	III
		%	
1938	8	0,8	91
1951	15	0,5	84
1958	18	0,3	82
1965	23	(0,9)	76

1) ohne abgängige Obstbäume und ohne Quittenbäume

Wie bereits bei den vorangegangenen Zählungen wurden auch bei der Obstbaumzählung 1965 verschiedene Standorte unterschieden. Die Abgrenzungskriterien waren 1965 gegenüber früheren Zählungen etwas verändert. Es sind also die Ergebnisse nicht voll mit denen früherer Jahre vergleichbar.

In Größenordnungen kann ein Vergleich jedoch angestellt werden. In Schleswig-Holstein sind grob zwei Standorte zu unterscheiden:

Erwerbsobstanbau in geschlossenen Obstanlagen,
Obstbau in Haus- und Kleingärten.

Während im ersten Fall Obst für den Verkauf (zum "Erwerb") erzeugt wird, dient der Obstbau im zweiten Fall hauptsächlich dem Eigenverbrauch.

Von 1938 bis 1958 nahm noch in beiden Standorten die Zahl der Obstbäume zu, im Erwerbsobstanbau allerdings wesentlich stärker als in den Haus- und Kleingärten. Von 1958 bis 1965 ging die Zahl der Obstbäume in Haus- und Kleingärten zurück, während sie im Erwerbsobstanbau noch stark zunahm. Während der gesamten Vergleichszeit steigerte sich der Anteil des Erwerbsobstbaus an den Obstbaumbeständen stetig von weniger als einem Zehntel auf fast ein Viertel im Jahre 1965.

1965 wurden andere Standortdefinitionen eingeführt. Nur der Standort III (Haus- und Kleingärten) bedeutet den gleichen Bereich wie früher. Die Standorte I und II unterscheiden sich dagegen vor allem durch die Intensität der Pflege und Nutzung. Aus technischen und sachlichen Gründen wurden die Standorte I und II noch weiter unterteilt.

Die Obstbäume nach Standorten 1965

Standort	Fläche der Anlagen in ha	Obstbäume ¹		
		ertragfähig	noch nicht ertragfähig	insgesamt
I A	2 231,66	560 868 ^a	313 674 ^a	874 542 ^a
I B	177,57	42 949	15 811	58 760
II a	0,39	101	49	150
II b	210,60	50 941	8 754	59 695
II c	182,21	14 757	2 529	17 286
II d	.	37 307	1 417	38 724
III	.	2 934 621	373 283	3 307 904
Insgesamt	2 802,43	3 641 544	715 517	4 357 061

1) ohne Quittenbäume

a) einschl. Bäume der Randpflanzungen und vereinzelt in reinen Beständen stehende andere Obstarten

Die Standortgruppe I umfaßt den Erwerbsobstanbau in intensiv bewirtschafteten Plantagen von mindestens 1 000 qm Größe und zwar:

- I A: Obstbau in reinen Anlagen mit nur einer Obstart, wobei fremde Obstarten ohne Randpflanzungen bis zu einem Anteil von höchstens 10 %, einschl. Randpflanzungen 25 % zugelassen wurden.
- I B: Obstbau in gemischten Anlagen mit zwei oder mehr verschiedenen Obstarten durcheinander stehend.
(aber auch hier: intensive Bewirtschaftung.)

Im Standort I überwiegen stark die reinen Obstanlagen neben einem kleinen Anteil intensiv gepflegter Mischanlagen. Die Alters-

zusammensetzung der Mischanlagen läßt erkennen, daß diese noch weiter verschwinden werden.

Zum Standort II gehören nicht intensiv bewirtschaftete Obstanlagen und daneben eine geringe Zahl von Bäumen in Streulage, vornehmlich auf Wiesen, Weiden und auf Ackerland sowie Bäume an Wegen, Straßen usw., nicht jedoch Bäume in Haus- und Kleingärten. Letztere werden, wie bereits erwähnt, im Standort III nachgewiesen.

Der Standort II umfaßt vier Teile und zwar:

- II a: Obstanlagen wie zu I, jedoch unter 1 000 m² Größe
- II b: Obstanlagen jeder Größe, die keinen ständigen Pflegeaufwand erkennen lassen
- II c: Obstanlagen mit sehr lückenhaften Beständen
- II d: Bäume in Streulage sowie an Wegen, Straßen, Böschungen und Kanälen.

Die Standortgruppen II a bis d haben, gemessen an der Zahl der Bäume, zwar nur sehr geringe Bedeutung, mit ihrer Fläche von 393 ha sind sie aber nicht zu übersehen. Bemerkenswert ist weiterhin, daß auf den Standort I A bei einem Anteil von 20% an allen Obstbäumen 44% der noch nicht ertragfähigen Obstbäume entfallen, was für einen steigenden Anteil dieses Standorts auch in Zukunft und andererseits für größere Bewegung, Anpassung und Pflege in diesem Teil des Obstbaus spricht.

Standort	Anteil ertragfähiger Bäume an der Gesamtzahl ¹⁾ in %
I A	64
I B	73
I zusammen	65
II a	67
II b	85
II c	85
II d	96
II zusammen	89
III	89
Insgesamt	84

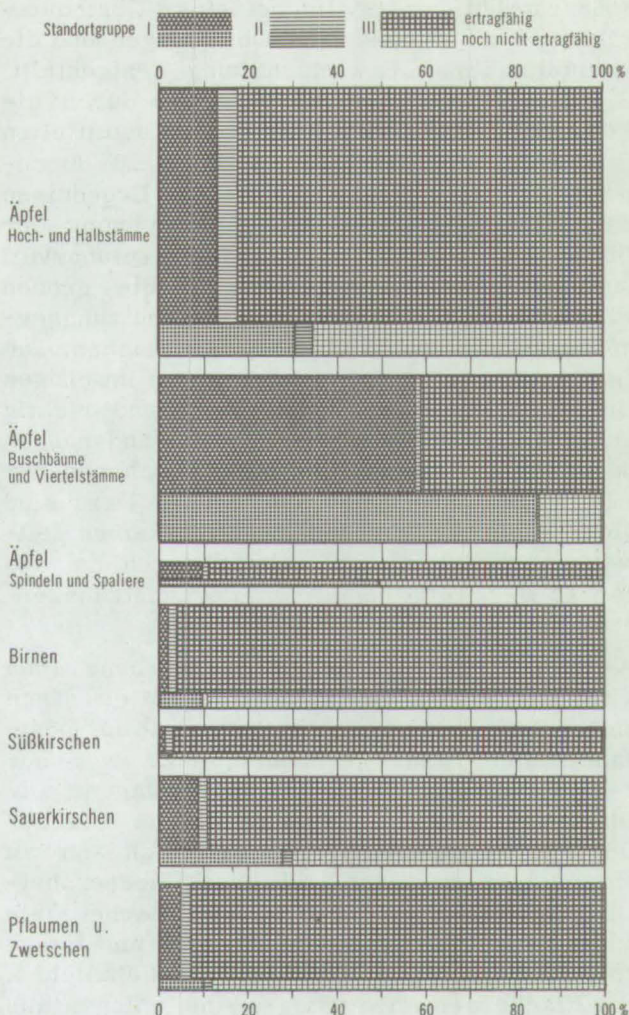
1) ohne abgängige Bäume

Aus der obigen Übersicht wird noch einmal der geringe Anteil junger Obstbäume in den ungepflegten Anlagen und in den Haus- und Kleingärten deutlich. Die Bedeutung dieser Standorte wird daher weiter sinken. Die Erträge sind infolge Überalterung der Bestände und zumeist unzureichender oder völlig fehlender Pflege in den Standortgruppen II b bis II d und in den Haus- und Kleingärten entsprechend niedrig.

Aus dem zweiten Bild geht hervor, daß für den intensiven Erwerbsobstbau nur die Äpfel größere Bedeutung haben. Von allen Apfelbäumen entfielen 1965 ein Drittel auf den Standort I, von den noch nicht ertragfähigen Apfelbäumen sogar fast zwei Drittel.

D - 3776

Die Obstbäume nach dem Standort 1965



Neben den Äpfeln haben, gemessen an den absoluten Beständen und dem Anteil des Standorts I, nur noch die Sauerkirschen und die Pflaumen und Zwetschen eine gewisse Bedeutung innerhalb des intensiven Erwerbsobstbaues. 12% aller und 28% der noch nicht ertragfähigen Sauerkirschenbäume entfielen 1965 auf den Standort I. Bei den 31 000 Pflaumen und Zwetschen im Standort I handelt es sich zum großen Teil um Randpflanzungen. Diese Bäume gehören eigentlich nicht zum Standort I; sie dienen häufig nur als Windschutz, werden kaum gepflegt und bringen auch kaum Erträge.

Die übrigen Obstarten, Birnbäume ebenso wie Süßkirschen, Mirabellen und Renekloden, standen zu mehr als 95% in Haus- und Kleingärten.

Aus dem obenstehenden Bild wird die starke Bevorzugung der Buschbäume im intensiven Erwerbsobstbau deutlich. Während von den Apfel-Buschbäumen 66% im Standort I nachgewiesen wurden, waren es bei den Spindeln und Spalieren nur 18% und bei den Hoch- und Halbstämmen nur 15%.

Die Obstanlagen

1965 wurden - erstmalig bei einer Obstbaumzählung - die Flächen der Obstanlagen und die Intensität ihrer Bewirtschaftung festgestellt. Hierdurch wurde es möglich, die durch die Bodennutzungserhebungen grob ermittelten Flächen der Obstanlagen genauer zu durchleuchten und zu bereinigen. Die Ergebnisse zeigen, daß für eine exakte Berechnung der Obsternten im Erwerbsobstbau - bedeutungsvoll sind hier nur die Äpfelernten - die groben Flächennachweise durch die Bodennutzungserhebungen auf die Dauer nicht ausreichen. Die Bodennutzungserhebungen haben den jeweiligen Umfang aller Apfelanlagen annähernd richtig erkennen lassen, nicht aber die Veränderungen oder die Veränderungstendenzen während der letzten 15 Jahre aufzeigen können. Dazu sind die Ergebnisse zu ungenau. Hinzu kamen teilweise unvermeidliche Schwankungen in den Jahren der repräsentativen Bodennutzungserhebungen.

Bei der totalen Bodennutzungserhebung 1965 wurden 2 961 ha Obstanlagen ermittelt. Dem stehen 2 802 ha Baumobstanlagen nach der Obstbaumzählung 1965 gegenüber, und zwar nur 2 409 ha intensiv gepflegte Obstanlagen. Die Differenz von 159 ha mehr Fläche bei der Bodennutzungserhebung erklärt sich nur zu einem sehr geringen Teil durch Beerenobstanlagen. Zumeist handelt es sich hierbei vielmehr um Haus- und Kleingärten, um Hauskoppeln mit einigen Obstbäumen und ähnliches. Die Fläche der ertragfähigen Apfelanlagen aus der Bodennutzungserhebung ist bereits sehr ungenau. Sie ist im Gegensatz zur Gesamtfläche der geschlossenen Obstanlagen zu klein. Die übrigen Positionen aus der Bodennutzungserhebung sind noch weniger aussagefähig. In den Jahren vor 1965 ist zwar die Aufgliederung der Fragestellung bei den Bodennutzungserhebungen günstiger gewesen. Die Ergebnisse sind aber wahrscheinlich vor 1965 allgemein etwas überhöht gewesen, besonders 1964.

Die der Äpfelernteberechnung zugrunde gelegten Flächen sind daher in den Jahren 1960 bis 1964 zumindest insofern zu groß gewesen, als sie auch die Flächen der nicht gepflegten Apfelanlagen umfaßten. Ab 1965 wird daher für die Bewertung mit Hektarerträgen (die von Berichterstatlern mit intensivem Erwerbsobstbau geschätzt und in intensiv bewirtschafteten Apfelanlagen gemessen werden) nur der intensive Erwerbsobstbau berücksichtigt. Als Berechnungsfläche gilt die Fläche der ertragfähigen Apfelanlagen im Standort I A zuzüglich 10% der Fläche der noch nicht ertragfähigen Apfelanlagen im Standort I A zuzüglich dem Flächenanteil der Apfelbäume in intensiv bewirtschafteten Mischanlagen (Standort I B).

Für die Apfelbäume in den nicht gepflegten und lückenhaften Anlagen (Standort II) werden die gleichen Baumerträge angenommen, die auch für die Apfelbäume in Haus- und Kleingärten geschätzt werden.

Im intensiven Erwerbsobstbau Schleswig-Holsteins dominiert der Apfel. Von den 2 409 ha intensiven Erwerbsobstanlagen Schleswig-Holsteins sind 2 108 ha (87%) reine Apfelanlagen und weitere 178 ha (7%) Mischanlagen, in denen der Apfel mit 68% ebenfalls überwiegt.

Neben den Apfelanlagen kommt in Schleswig-Holstein nur den Sauerkirschenanlagen noch eine gewisse Bedeutung zu. 1965 wurden 81 ha intensiv gepflegte Sauerkirschenanlagen nachgewiesen.

Von den 2 108 ha Apfelanlagen waren 1965 1 611 ha (76%) ertragfähig, wobei eine Anlage dann als ertragfähig angesehen wurde, wenn mehr als die Hälfte der Bäume das ertragfähige Alter erreicht hatten.

Von den 1 611 ha ertragfähigen Apfelanlagen überwog auf 690 ha (43%) keine Baumform. 635 ha (39%) waren Buschbaumanlagen und auf 278 ha (17%) überwogen die Halbstämme (und Hochstämme). Bei den Junganlagen bleiben die

Die Flächen und Baumbestände der intensiv bewirtschafteten Baumobstanlagen 1965

Art der Anlage	Standort	Fläche	Apfel- bäume	Birn- bäume	Süß- kirschen- bäume	Sauer- kirschen- bäume	Pflaumen- und Zwet- schen- bäume	Mirabellen- und Rene- kloden- bäume	Übrige Obst- bäume
		ha	Anzahl						
Apfelanlagen	I A	2 107,94	786 176	5 942	114	1 659	10 850	374	86
Birnenanlagen	I A	15,98	—	6 543	—	—	102	—	—
Kirschenanlagen ¹⁾	I A	81,29	244	43	518	49 103	83	3	—
Pflaumen- und Zwetschenanlagen	I A	25,75	—	1	—	—	12 332	12	—
Mirabellen- und Reneklodenanlagen	I A	0,70	2	—	—	—	—	355	—
Mischanlagen	I B	177,57	39 727	4 120	1 357	5 825	7 195	443	93
Intensiv bewirtschaftete Baumobstanlagen zusammen	I zus.	2 409,23	826 149	16 649	1 989	56 587	30 562	1 187	179

1) Süßkirschenanlagen machen weniger als 0,5 ha aus

Die Stammformen in den Apfelanlagen des Standorts I A

Überwiegende Stammform ¹	Ertragfähige ² Anlagen		Noch nicht ertragfähige Anlagen	
	Fläche in ha	Apfelbäume	Fläche in ha	Apfelbäume
Hoch- und Halbstamm	277,66	79 704	77,71	28 671
Buschbaum und Viertelstamm	634,50	263 200	328,42	169 238
Spindel (Spalier)	8,88	4 568	5,15	4 290
Gemischt	690,15	203 165	85,47	33 350
Zusammen	1 611,19	550 627	496,75	235 549

1) etwa 90 % der Bäume gleiche Baumform

2) mindestens 50 % der Bäume ertragfähig bzw. vom Inhaber als ertragfähig bezeichnet

übrigen Baumformen noch wesentlich stärker hinter den Buschbäumen zurück. Von den 497 ha Junganlagen entfielen zwei Drittel auf Buschbaumanlagen.

Die Spindelanlagen spielen bisher keine große Rolle. 1965 gab es 9 ha ertragfähige und 5 ha noch nicht ertragfähige Apfelanlagen mit überwiegend Spindeln.

Neben den intensiv bewirtschafteten Obstanlagen gibt es knapp 400 ha Obstanlagen, die entweder keinen ständigen Pflegeaufwand (Spritzungen) erkennen ließen oder nur sehr lückenhafte Baumbestände hatten. Diese Obstanlagen zählen zum Standort II. Auch bei diesen Obstanlagen herrschen die Apfelanlagen vor. 198 ha (50%) waren Apfelanlagen und weitere 186 ha (47%) waren "Mischanlagen", in denen ebenfalls der Apfel mit 54% der Bäume dominiert. Von den übrigen Obstarten ist auch im Standort II nur noch die Sauerkirsche erwähnenswert.

Begriffe und Methoden

Für die Durchführung der Obstbaumzählung in Schleswig-Holstein sind zwischen dem Statistischen Landesamt und dem Statistischen Bundesamt Zählungserleichterungen vereinbart worden, durch welche den besonderen obstbaulichen Verhältnissen des Landes Rechnung getragen wurde.

Das Grundkonzept des Zählverfahrens lautet: Die Obstanlagen werden betriebsweise erfaßt und die nicht in Obstanlagen stehenden Bäume zählflächenweise. Dieses Konzept hatte bereits der Obstbaumzählung 1958 zugrundegelegt und sich dort gut bewährt. Damals wurden alle Betriebe, die bei der Bodennutzungsvorerhebung Obstanlagen nachgewiesen hatten, in

die Erhebung einbezogen. Die Bäume der übrigen Standorte wurden nur in Zählbezirken ermittelt, die aus den Zählbezirken der Obstbaumzählung 1951 nach dem Zufall ausgewählt worden waren.

Während bezüglich der Anlagen das Verfahren von 1958 ohne Schwierigkeiten 1965 wiederholt werden konnte, mußte es für die nicht in Anlagen stehenden Bäume geändert werden, da die Zählbezirkseinteilung der Obstbaumzählung 1951 nach 14jähriger Pause nicht mehr verwendet werden konnte. An ihre Stelle traten Zählflächen, die im Statistischen Landesamt für das ganze Land nach einheitlichen Gesichtspunkten abgegrenzt wurden.

Für die Abgrenzung dieser Zählflächen wurde ein Satz Meßtischblätter (Maßstab 1 : 25 000) beschafft. Jede Gemeinde wurde sodann auf dem Meßtischblatt lückenlos in Zählflächen unterteilt. Als Grenzen wurden Straßen, Wege, Flüsse, Eisenbahnen, Kanäle, in seltenen Fällen auch Flurgrenzen, Gräben, Deiche oder Waldränder benutzt. Als annähernde Zählflächengröße wurde ein Quadratkilometer festgelegt, da sich auf den Meßtischblättern für die Abgrenzung dieser Gebiete gerade noch genügend der gewählten Markierungen finden ließen. Diese Größe war bei der Abgrenzung nach Augenmaß einzuhalten. Der Erfolg wurde gemeindeweise durch Vergleich mit der Katasterfläche kontrolliert.

Es war von vornherein zu erwarten, daß die Besetzung dieser Zählflächen mit Obstbäumen außerordentlich unterschiedlich sein und also mit einer großen Streuung der Einzelwerte zurechnen sein würde. Als erste Maßnahme hiergegen wurde angestrebt, die Zählflächen bereits bei der Bildung so zu schneiden, daß ihre Inhalte möglichst ähnlich wurden. Dazu wurde bei ihrer Abgrenzung bebauter Gebiet so oft wie möglich durchschnitten. Als zweite Maßnahme zur Verbesserung der Ergebnisse wurden die Zählflächen geschichtet, indem sie nach ihrer Größe und nach den aus den Meßtischblättern ersichtlichen Merkmalen über Bebauung und Schrebergärtenbesatz klassifiziert wurden. Die dabei verwendeten Definitionen, die Schichtbezeichnung und die Zahl der Zählflächen werden im Statistischen Bericht CO/Obstbaumzählung 1965 dargestellt.

Sämtliche Betriebe, die bei der Bodennutzungsvorerhebung 1965 Obstanlagen angegeben hatten, wurden mit Hilfe eines ausführlichen Fragebogens über ihre Obstanlagen befragt. Den vom Statistischen Bundesamt definierten Standortgruppen wurden die Betriebe endgültig erst bei der Aufbereitung der Ergebnisse zugeordnet.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Entwicklung und Standorte des Obstbaues in Schleswig-Holstein" und "Der Baumbestand und die Ernte des Obstes 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1952, S. 199 (Juni) bzw. 1959, S. 122 (Mai) sowie "Obstbaumzählung 1965 (vorläufiges Ergebnis)" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 641 (Oktober)

Kurzberichte

Landwirtschaftliche Zwischenfrüchte 1966

1966 wurden in Schleswig-Holstein 47 500 ha oder 7% der Ackerfläche mit Zwischenfrüchten bestellt; im Mittel der Jahre 1960/65 dagegen

waren auf 8% der Ackerfläche Zwischenfrüchte angebaut worden.

95% dieser Fläche waren mit Sommerzwischenfrüchten und 5% mit Winterzwischenfrüchten zur Futtergewinnung im kommenden Früh-

jahr bestellt. Von den Sommerzwischenfrüchten sollen zwei Drittel abgeerntet werden, während ein Drittel der Fläche allein zur Gründüngung vor der nächsten Hauptfrucht umgepflügt werden soll.

Die 1965 um 11% eingeschränkte Anbaufläche der landwirtschaftlichen Zwischenfrüchte wurde 1966 um 1% ausgedehnt. Es wurden 9% mehr Zwischenfrüchte zum Unterpflügen und 17% mehr Winterzwischenfrüchte zur Futtergewinnung (1967) angebaut. Der Anbau der - flächenmäßig bedeutendsten - Sommerzwischenfrüchte zur Futtergewinnung verminderte sich dagegen um weitere 4%.

Die Ernte der Winterzwischenfrüchte 1966, Aussaat Herbst 1965, erbrachte 40 200 t in Grünmasse. Das sind 50% weniger als im Frühsommer 1965. Der Anbau hatte 1965 gegenüber 1964 um 44% abgenommen. Der Ertrag von

Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten

Zwischenfrüchte	D 1960/65	1966	Ver- änderung gegenüber D 1960/65 in %
zur Futtergewinnung	36 343	32 601	- 10
davon			
Klee und Klee gras aller Art ¹	27 525	23 967	- 13
Stoppel- und Steckrüben	2 307	2 909	+ 26
sonstige Sommerzwischenfrüchte	4 081	3 392	- 17
Sommerzwischenfrüchte zus.	33 913	30 268	- 11
Inkarnatklée ²	1 365	1 292	- 5
sonstige Winterzwischenfrüchte	1 065	1 041	- 2
Winterzwischenfrüchte zus.	2 430	2 333	- 4
zum Unterpflügen	14 907	14 899	- 0

1) soweit im Jahre der Aussaat genutzt

2) auch in Beimischung von Gräsern und Hülsenfrüchten

Ertrag und Ernte landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte

Zwischenfrüchte	Maßeinheit	D 1960/65	1966	Veränderung gegenüber D 1960/65 in %
Wintergetreide zur Grünfütterung	dz/ha	225,2	230,4	+ 2
	t	14 738	15 345	+ 4
Inkarnatklée ¹	dz/ha	211,3	222,8	+ 5
	t	36 986	23 528	- 36
Winterraps und -rüben, Sprengelraps und -rüben und Rapko	dz/ha	161,8	215,0	+ 33
	t	3 230	1 333	- 59
Winterzwischenfrüchte zusammen ²	t	54 955	40 206	- 27
Stoppelklée und Serradella	dz/ha	103,0	133,7	+ 30
	t	288 638	328 782	+ 14
Hülsenfrüchte auch in gemischtem Anbau	dz/ha	145,0	175,6	+ 21
	t	11 427	8 446	- 26
Senf, Sommerraps und -rüben, auch Lihoraps und Siletta	dz/ha	119,0	148,0	+ 24
	t	12 961	15 510	+ 20
Mois und Sonnenblumen	dz/ha	273,1	260,1	- 5
	t	8 270	10 794	+ 31
Stoppel- und Steckrüben	dz/ha	385,5	388,9	+ 1
	t	88 908	113 131	+ 27
Futterkohl	dz/ha	276,2	309,4	+ 12
	t	34 161	22 370	- 35
Sommerzwischenfrüchte zusammen ²	t	444 364	499 033	+ 12
Zwischenfrüchte insgesamt ²	t	499 319	539 239	+ 8

1) auch in Beimischung von Gräsern und Hülsenfrüchten

2) ohne sonstige Zwischenfrüchte, für die keine Erträge ermittelt wurden

Inkarnatklée auch in Beimischung mit Gräsern (Landsberger Gemenge) war um 6% und bei Wintergetreide zur Grünfütterung um 11% geringer als im Vorjahr. Auch gegenüber dem Mittel der Jahre 1960/65 verringerte sich die Erntemenge der Winterzwischenfrüchte 1966 um mehr als ein Viertel.

Demgegenüber wurden 5% mehr Sommerzwischenfrüchte als im Vorjahr und sogar 12% mehr als im Mittel 1960/65 geerntet. Der ge-

ringeren Erntemenge bei Stoppelklée, Serradella und Hülsenfrüchten infolge der Anbaueinschränkung, standen größere Erntemengen bei Senf und Ölfrüchten sowie bei Stoppel- und Steckrüben gegenüber. Die höheren Ernten sind sowohl auf eine Ausdehnung der Anbaufläche als auch auf bessere Erträge zurückzuführen.

Johann Jeske

Vergleiche auch: "Zwischenfrüchte 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 156 (Mai) und "Anbau und Ernte von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten 1965" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 42 (Januar)

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Ölfrüchte	3/63
Industrie und Handwerk	
Umsatzstruktur Handwerk	2/27
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)	2/39
Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)	3/60
Verkehr	
Grenzverkehr 1956 — 1965	2/45
Straßen in Schleswig-Holstein	3/51
Geld und Kredit, Versicherungen	
Realkreditinstitute	1/15
Öffentliche Sozialleistungen	
Finanzen der Krankenkassen	3/69
Krankenversicherung	1/17
Rentenversicherung	1/23
Öffentliche Finanzen	
Personalausgaben 1951 bis 1965	3/56
Verschuldung der Gemeinden	1/4
Versorgung und Verbrauch	
Urlaubsausgaben	3/67
Verbrauch in Bauernhaushalten	1/10

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 19. Jahrgang . Heft 4 . April 1967

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 423	2 439	2 441	2 444	2 472	2 473
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 785	1 664	1 097	1 348	1 258	1 531
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,8	8,0	5,3	7,2	6,2	7,3
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 726	3 656	3 673	3 729	3 467	3 662
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	18,5	17,7	17,7	20,0	17,1	17,4
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 495	2 786	2 685	2 406	2 574	2 706
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	12,4	13,5	13,0	12,8	12,7	12,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	75	83	73	76	78	88
* je 1 000 Lebendgeborene		32,6	20,2	22,7	19,9	20,4	22,5	24,0
*Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 231	870	988	1 323	893	956
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	6,1	4,2	4,8	7,1	4,4	4,6
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 694	7 192	7 023	5 897	7 223	6 779
*Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 151	6 102	5 836	4 599	6 807	6 869
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	1 543	1 090	1 187	1 298	416	90
*Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 641	9 706	8 743	7 579	10 741	11 471
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 487	23 000	21 602	18 075	24 771	25 119
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	164	158	146	137	174	174
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	50	8	10	14	14	11	18	30	34
darunter *Männer	1 000	31	6	7	10	11	7	13	24	27
Offene Stellen	1 000	5	19	15	17	19	11	8	9	10
darunter für Männer	1 000	3	10	8	8	9	5	3	3	4
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 379 ^a	1 379	.	.	.	1 393	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	505 ^a	505	.	.	.	511	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 701 ^a	1 701	.	.	.	1 689	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	169	.	.	.	169	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	103 ^a	103	.	.	.	107	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	21	19	20	19	45	30	24	21
*Kälber	1 000 St.	5	3	4	4	4	3	4	5	5
*Schweine	1 000 St.	81 ^b	156 ^c	174	160	148	167	178	172	157
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	24	26	18	19	23	24	17
*Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	17,7	17,3	16,9	16,0	23,6	20,3	19,1	17,4
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,8	4,3	4,6	4,5	10,3	6,7	5,4	4,7
*Schweine	1 000 t	5,9	12,6	12,7	11,9	11,3	13,1	13,3	13,3	12,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	238	242	242	246	243	233	236	236
Kälber	kg	49	61	57	54	56	54	58	60	58
Schweine	kg	89	87	85	89	87	89	86	90	88
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	169	150	171	165	129	156	172	169
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	90	88	89	88	88	88	89	89
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,6	10,1	10,9	11,6	8,5	9,9	10,9	11,8

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1964/65 = 21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	178	177	177	177	175	173	...
darunter *Arbeiter 8)	1 000	136	140	139	139	139	138	136	134	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	23 185	23 852	22 358	21 749	23 335	22 541	21 905	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	98,8	107,6	94,4	90,8	110,3	108,9	97,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	37,5	44,4	39,2	38,3	44,8	49,0	41,5	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	55	53	51	44	54	50	42	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	8 869	7 929	8 519	8 723	9 167	9 552	9 139	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	77	84	91	82	84	81	80	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	118	125	121	116	133	125	122	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	36	38	37	35	45	42	41	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	746	828	711	649	846	914	754	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	92	109	104	73	140	136	135	...
Produktionsindex	1958=100	100	138	138	127	135	149	142	129	...
Steine und Erden		100	154	110	62	73	171	130	86	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	146	125	158	151	120	102	117	...
Schnittholz und Sperrholz		100	109	77	84	84	99	80	79	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	131	110	130	141	144	120	123	...
Gummi- und Asbestwaren		100	222	212	195	202	209	187	185	...
Wasserfahrzeuge		100	70	74	80	84	83	92	92	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	138	148	135	145	142	165	121	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	133	170	133	137	152	152	125	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	182	224	98	173	220	235	149	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	177	158	165	168	219	176	167	...
Leder		100	54	55	50	58	21	21	19	...
Schuhe		100	107	81	104	105	83	73	85	...
Textilien		100	98	89	98	100	85	71	67	...
Bekleidung		100	120	87	125	137	123	92	121	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	186	205	188	190	227	207	234	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	130	147	135	174	160	150	157	...
Meiereierzeugnisse		100	131	119	131	137	100	124	134	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	133	98	67	85	144	114	94	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	Mai 1956=100	-	105	103
*Umsatz	Vj. -D 1955=100	-	235	283
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1955=100	-	223	272
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	141	157	165	150	192	188	182	...
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	143	279	336	332	299	338	356	355	...
*Gaserzeugung	Mill. cbm	17	20	28	30	26	28	31	32	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) einschl. Verluste

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	67 971	66 712	64 622	64 683	63 960	62 022	57 448	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 534	7 498	4 714	5 618	9 824	7 677	6 513	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 960	3 176	1 987	2 564	4 113	3 327	2 982	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 978	3 035	1 884	2 041	4 103	3 082	2 485	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	50,0	45,3	25,1	28,3	54,2	46,6	33,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,1	6,1	4,2	4,1	4,9	6,4	4,3	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	147,6	191,2	98,7	80,9	173,9	206,4	126,2	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	1 100	1 081	724	673	734	849	445	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	169	147	121	130	161	133	106	...
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	128,9	135,7	100,9	75,4	116,2	125,3	70,7	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	95,5	104,3	64,0	53,1	82,6	92,7	43,2	...
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 395	1 516	971	817	1 158	1 267	717	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	934	1 017	607	507	737	860	401	...
*Wohnungen		2 109	2 535	2 763	1 672	1 398	2 192	2 592	1 117	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 263	2 565	1 508	1 144	1 979	2 324	934	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 447	13 440	914	593	2 091	12 812	871	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 214	57 945	3 786	2 614	9 010	56 756	3 623	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 266	1 068	2 111	3 031	3 164	3 943	1 174	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	694	1 080	415	614	2 213	2 181	386	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	19 951	18 094	17 175	20 678	25 178	26 701	24 271	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	36 510	38 827	39 193	29 940	40 499	34 457	32 472	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	113,3	154,9	126,5	82,0	157,7	164,6	155,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	12,2	17,3	10,9	8,9	14,0	9,5	12,7	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	101,1	137,6	115,5	73,1	143,7	155,1	142,3	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	2,9	3,4	2,5	3,6	3,2	5,0	3,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	9,3	7,7	14,4	7,6	11,7	11,0	11,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	88,9	126,5	98,6	62,0	128,7	139,1	127,9	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	5,9	7,0	6,0	5,3	7,3	7,1	7,5	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	82,9	119,5	92,7	56,6	121,5	131,9	120,4	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	25,8	33,0	24,7	24,4	31,2	35,1	30,8	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	9,2	5,0	5,4	6,9	7,4	8,5	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	9,0	12,4	9,5	8,9	12,4	13,0	9,5	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,9	50,1	64,3	26,6	46,2	84,2	46,6	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,6	10,8	11,9	7,0	12,3	9,8	8,5	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	5,2	6,6	3,7	5,3	5,2	5,3	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	12,7	3,7	32,7	1,9	4,2	49,3	4,6	...
Schweden	Mill. DM	6,3	6,8	7,9	5,3	5,5	11,4	6,4	18,6	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	160	58	63	61	p 73	p 57	62	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	6	4	5	p 8	p 7	5	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 073	175	189	195	p 232	p 177	194	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	38	11	9	10	p 14	p 14	11	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1965	1965/66			1966/67			
			Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t.		126	217	230	204	165	270	270	229	...
*Güterversand	1 000 t		195	354	327	192	170	382	344	277	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
darunter			3 262	5 806	4 804	4 106	5 382	4 597	3 917
Krafträder (einschl. Motorroller)			227	13	23	3	5	9	1
*Personenkraftwagen			2 107	4 507	3 606	3 231	4 218	3 484	2 844
*Kombinationskraftwagen			175	475	454	331	445	458	421
*Lastkraftwagen			293	393	352	281	381	346	324
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 044	1 116	778	740	1 281	1 256	p 873	p 785
*Getötete Personen			40	56	82	41	25	85	81	p 53	p 47
*Verletzte Personen			1 130	1 403	1 432	1 042	973	1 718	1 666	p 1 162	p 1 006
Geld und Kredit											
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)											
*Kredite an Nichtbanken											
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		3 105 ^d	8 273 ^d	8 273	8 260	8 347	8 960	8 993	8 997	...
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 076 ^d	2 076	2 038	1 991	2 094	2 078	2 074	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 047 ^d	2 047	2 027	1 973	2 088	2 053	2 040	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	6 197 ^d	6 197	6 223	6 356	6 867	6 915	6 923	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	5 296 ^d	5 296	5 304	5 445	5 886	5 922	5 920	...
*Einlagen von Nichtbanken											
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		2 067 ^d	5 053 ^d	5 053	5 093	5 178	5 478	5 575	5 612	...
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	1 875 ^d	1 875	1 855	1 897	1 963	1 906	1 890	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 573 ^d	1 573	1 586	1 584	1 627	1 589	1 600	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	3 178 ^d	3 178	3 238	3 281	3 515	3 668	3 723	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 123 ^d	2 123	2 160	2 189	2 312	2 412	2 444	2 474
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	624 ^d	624	639	647	713	745
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	162	320	236	156	151	355
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	125	202	176	113	138	202
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte):											
			9	8	8	9	10	11	14	9	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)											
			2	1	1	2	1	2	2	4	...
Wechselproteste											
Anzahl			636	778	857	700	667	878	845
Wert	1 000 DM		465	935	1 176	1 025	847	1 173	1 200
Steuern											
*Einnahmen für Rechnung des Landes											
	1 000 DM		32 185	76 420	146 770	65 910	56 124	61 670	144 870	73 882	61 054
darunter											
*Vermögensteuer	1 000 DM		1 463	2 921	623	722	8 526	8 838	783	1 132	9 244
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	8 835	8 543	11 181	8 511	9 103	8 869	12 581	9 254
*Biersteuer	1 000 DM		420	721	704	637	753	785	727	690	750
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	59 214	131 909	49 138	32 029	38 777	129 084	55 074	35 552
*Einnahmen für Rechnung des Bundes											
	1 000 DM		93 577	154 810	217 016	171 907	135 895	136 049	194 720	164 689	133 338
darunter											
*Umsatzsteuer	1 000 DM		26 688	48 411	53 498	64 238	41 759	53 069	53 298	65 811	46 057
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM		3 113	4 725	5 686	5 024	4 490	4 672	4 987	6 319	6 415
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 427	1 434	1 354	1 256	1 600	1 458	1 405	1 250
*Zölle	1 000 DM		7 838	7 074	7 471	7 907	7 604	5 431	5 666	5 545	4 940
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 359	55 308	64 587	61 974	60 303	46 485	46 782	53 262	53 796
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	34 219	35 381	35 222	33 735	31 160	31 238	35 676	35 750
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	37 858	84 335	31 416	20 478	24 792	82 529	32 345	20 880
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	7	4	5	7	1	0	1	0
*Lastenausgleichsabgaben											
	1 000 DM		5 396	5 436	8 129	2 026	8 573	10 328	6 957	2 116	8 433
*Steuern vom Einkommen 16)											
	1 000 DM		37 688	97 072	216 245	80 553	52 506	63 569	211 613	87 419	56 432
davon											
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	43 631	68 300	53 447	35 922	57 832	75 603	63 847	40 173
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	41 819	117 754	23 928	11 886	3 618	107 454	21 789	11 048
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	1 011	755	995	106	614	1 643	474	1 338
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 322	10 612	29 436	2 182	4 592	1 505	26 914	1 309	3 873

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15)-einschl. durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	98 929 ⁺	102 784 ^e	.	.	.	103 722 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 240 ⁺	7 447 ^e	.	.	.	7 283 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 118 ⁺	14 449 ^e	.	.	.	15 066 ^e	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	81 ⁺	-	.	.	.	-	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	68 004 ⁺	73 069 ^e	.	.	.	72 770 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	7 647 ⁺	7 819 ^e	.	.	.	8 604 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 181 ⁺	5 528 ^e	.	.	.	7 241 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100	100,2	102,0	101,9	102,3	101,9	101,4	p 100,8	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1958=100	100	106,7	107,0	107,6	107,9	109,2	109,0	p 109,1	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	106,2	107,7	108,1	108,9	106,9	107,1	p 106,4	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	104,0	104,8	105,3	105,7	105,7	105,6	105,6	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	114,1 ^g	117,0	115,6	115,2	112,3	p 102,8	p 109,6	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	114,6	.	.	116,9	118,6
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100 ^h	90,8 ^f	107,7 ^g	106,9	107,6	107,6	108,7	109,1	109,9	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	115	117	118	118	119	119
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	109,0	110,9	111,5	111,7	113,5	113,8	114,1	114,2
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	109,0	111,3	111,6	111,5	111,9	112,4	112,1	...
Kleidung, Schuhe		.	107,1	108,7	109,2	109,4	111,6	111,8	112,1	...
Wohnungsmieten		.	118,5	121,0	125,4	126,3	132,9	133,1	135,5	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	106,1	107,7	107,9	108,0	109,1	109,4	109,7	...
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	106,2	107,5	107,7	107,8	108,7	108,7	108,7	...
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	211	.	203
darunter Facharbeiter	DM	124	224	.	215
*weiblich	DM	68	125	.	129
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,58	.	4,46
darunter Facharbeiter	DM	2,59	4,88	.	4,71
*weiblich	DM	1,53	3,00	.	3,13
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,9	.	45,5
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,3	.	43,9
*weiblich	Std.	41,4	37,4	.	40,0
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 020	.	1 055
*weiblich	DM	382	666	.	693
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 148	.	1 165
*weiblich	DM	403	687	.	716
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	897	.	945
*weiblich	DM	331	557	.	593
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 019	.	1 077
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	934	.	979
*weiblich	DM	347	588	.	623
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 138	.	1 159
*weiblich	DM	391	687	.	716

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1. 10. - 31. 12. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	Auslands-gäste
Mill. DM				in 1 000								
1958	23	16	55	623	812	131	371	751	1 329	181	8 127	402
1962	27	24	52	716	980	237	434	914	1 649	196	10 310	396
1963	27	23	51	739	1 151	239	500	1 083	1 787	212	11 421	435
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-ein-lagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge	
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Em-pfänger in 1 000	
1958	246	69	113	28	11 011	477	13 562	1 054	71,2	.	.	8,9	
1962	379	48	245	33	12 968	641	16 832	2 005 ^a	74,0	.	.	9,5	
1963	419	39	288	34	12 589	601	16 433	2 360	85,4	38,5	42,8	11,9	
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5	
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	...	12,5	

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen 4)		Neuverschuldung ⁵⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden				des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	ins-gesamt	Umsatz-steuer	Ver-brauch-steuern	ins-gesamt	aus Steuern vom Ein-kommen	ins-gesamt	Gewerbe-steuer	ins-gesamt	Lohn-steuer		ins-gesamt	Kredit-markt-mittel
Mill. DM												
1958	1 107	353	487	375	284	236	140	437	178	1 186	430	215 ^b
1962	1 554	510	618	728	577	348	238	888	369	1 513	809	522 ^c
1963	1 635	523	632	791	626	380	267	1 009	432	1 546	940	633 ^c
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756 ^c
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888 ^c

Jahr	Preisindices					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁸⁾		Angest. in Industrie ⁸⁾ u. Handel			öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ⁹⁾	
	indu- strieller Produkte 1962=100	landwirt- schaftlicher Produkte ⁷⁾ 1961/63 =100	1958=100	ins- gesamt	Nah- rungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	Kaufmännische Angestellte		Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspek- tor)	Ange- stellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen	Männer		
DM												
1958	97,2	97,5	100	92,7		117	68	554	347	685	861	557
1962	100	100,8	132,4	100	100	163	98	756	466	912	1 045	692
1963	100,5	103,5	140,3	103,0	102,9	172	106	806	505	963	1 077	749
1964	101,6	107,2	147,8	105,4	105,0	187	113	865	536	1 048	1 165	783
1965	104,0	...	154,4	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschl. Umbau ganzer Gebäude
3) einschl. Kombinationskraftwagen

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten

5) ohne Kassenkredite

6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

8) einschl. Hoch- und Tiefbau

9) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) ab Dezember 1962 neuer Berichtskreis, alter Berichtskreis 2 018 Mill. DM

b) Stand: 31. 3.

c) Stand: 31. 12.

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 12. 1966			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1966			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1967 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	96 690	- 0,2	+ 0,2	31	- 204	- 173	34	-	47
KIEL	270 046	+ 0,2	- 0,1	29	483	512	70	2	90
LÜBECK	242 608	- 0,0	+ 1,0	52	- 110	- 58	96	1	114
NEUMÜNSTER	73 956	- 0,1	- 0,8	21	- 87	- 66	20	-	22
Eckernförde	71 123	+ 0,1	+ 1,5	38	2	40	37	2	46
Eiderstedt	19 693	- 0,1	+ 0,8	7	- 23	- 16	7	-	10
Eutin	94 150	+ 0,1	+ 0,9	26	46	72	39	2	46
Flensburg-Land	71 017	+ 0,3	+ 1,7	55	146	201	22	2	31
Hzgt. Lauenburg	139 494	- 0,1	+ 1,0	41	- 121	- 80	43	2	49
Husum	65 651	+ 0,1	+ 0,6	35	29	64	19	2	25
Norderdithmarschen	60 146	+ 0,2	+ 1,4	41	76	117	20	-	25
Oldenburg (Holstein)	85 128	- 0,1	+ 1,3	25	- 126	- 101	25	4	41
Pinneberg	254 939	+ 0,0	+ 3,4	155	- 148	7	70	4	86
Plön	116 659	+ 0,0	+ 1,6	68	- 15	53	42	7	58
Rendsburg	164 320	- 0,0	+ 0,6	81	- 115	- 34	48	2	74
Schleswig	99 538	- 0,1	+ 0,5	34	- 168	- 134	20	3	27
Segeberg	108 223	+ 0,1	+ 2,7	43	106	149	42	3	52
Steinburg	127 017	- 0,0	+ 1,0	16	- 48	- 32	40	3	51
Stormarn	169 321	+ 0,3	+ 4,2	84	430	514	54	2	63
Süderdithmarschen	73 849	- 0,1	+ 0,5	25	- 93	- 68	20	5	27
Südtondern	68 958	- 0,1	+ 3,0	49	- 150	- 101	17	1	22
Schleswig-Holstein	2 472 526	+ 0,0	+ 1,4	956	- 90	866	785	47	1 006

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1966		
	Betriebe am 31. 1. 1967	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Januar 1967 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im Januar 1967 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31. 1. 1967	je 1 000 Einw. am 31. 12. 1966					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	64	6 614	69	28,2	42	3 143	18 499	16 040	166
KIEL	170	31 911	118	104,9	719	2 941	52 678	45 666	169
LÜBECK	156	33 061	139	129,3	23 574	8 346	44 953	37 430	155
NEUMÜNSTER	60	10 530	144	26,2	785	1 087	14 493	12 396	167
Eckernförde	37	1 790	25	6,2	24	474	16 386	11 916	168
Eiderstedt	9	443	23	1,4	25	71	4 731	3 449	175
Eutin	49	3 701	40	14,7	504	640	20 767	16 046	171
Flensburg-Land	30	713	11	2,7	59	208	19 292	13 699	194
Hzgt. Lauenburg	103	8 560	63	24,6	427	1 919	30 833	23 374	168
Husum	23	1 268	20	3,0	3	156	16 445	11 694	179
Norderdithmarschen	33	1 521	26	6,2	27	251	14 533	10 449	175
Oldenburg (Holstein)	29	1 433	17	10,4	568	824	18 685	13 387	157
Pinneberg	268	23 438	94	124,4	776	9 783	52 876	43 577	173
Plön	56	2 676	23	13,7	223	713	26 890	19 705	170
Rendsburg	102	8 829	53	26,3	1 224	2 483	37 895	28 050	171
Schleswig	44	3 568	36	29,7	424	1 612	24 545	17 800	180
Segeberg	90	5 341	50	21,0	122	1 843	29 208	20 914	196
Steinburg	93	10 359	83	42,4	11 737	16 002	27 849	20 698	164
Stormarn	131	11 823	70	92,5	483	2 863	37 555	30 263	182
Süderdithmarschen	35	4 343	60	40,5	465	24 762	17 527	12 552	171
Südtondern	11	896	14	6,1	1	189	16 800	12 161	175
Schleswig-Holstein	1 593	172 818	71	754,4	42 208	80 310	543 440	421 266	171

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1966 2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieerichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1966			Offene Stellen am 31. 1. 1967 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 1. 1967 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Januar 1967			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 2. 12. 1966	Rindvieh am 2. 12. 1966	
		VZ 1939	Vorjahres-quartal							ins-gesamt	Milch-kühe (einschl. Zugkühe)
Schleswig-Holstein	2 468	+ 55.	+ 1,4	9	14	172	88,7	10,9	1 689	1 393	511
Hamburg	1 851	+ 8	- 0,4	13	26	2	84,3	10,7	19	17	6
Niedersachsen	6 970	+ 54	+ 0,8	24	58	326	83,8	10,1	4 833	2 724	1 040
Bremen	749	+ 33	+ 1,0	4	7	2	71,1	9,9	11	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 847	+ 41	+ 0,8	68	339	244	87,0	9,9	3 322	1 922	795
Hessen	5 237	+ 51	+ 1,5	29	127	111	78,6	9,3	1 381	925	384
Rheinland-Pfalz	3 613	+ 22	+ 0,9	11	34	81	73,4	8,8	739	760	298
Baden-Württemberg	8 549	+ 56	+ 1,6	48	275	216	71,4	8,4	1 944	1 898	828
Bayern	10 220	+ 44	+ 1,2	38	156	497	75,0	8,2	3 659	4 242	1 959
Saarland	1 133	+ 25	+ 0,6	2	16	9	77,3	9,0	76	73	31
Berlin (West)	2 189	- 20	- 0,5	11	17	1	14,4	14,3	9	3	2
Bundesgebiet	59 824	+ 39	+ 1,0	255	1 068	1 661	79,6	9,2	17 682	13 973	5 859

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Dezember 1966			
	Beschäftigte		Umsatz im November 1966		Produktions- index 1958=100 im Nov. 1966	Beschäftigte am 30. 11. 1966		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen 2)	
	in 1 000 am 30. 11. 1966	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1966	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	177	73	846	16,6	149	64	26	2 592	10,5	12 812	52,1
Hamburg	213	117	1 349	11,2	.	48	26	1 748	9,4	5 891	31,8
Niedersachsen	745	109	3 308	23,6	.	187	27	3 758	5,4	24 091	34,6
Bremen	98	133	512	10,4	.	22	30	969	13,0	1 292	17,3
Nordrhein-Westfalen	2 706	164	11 046	17,2	.	409	24	11 747	7,0	54 677	32,5
Hessen	705	136	2 752	20,9	183	148	28	4 062	7,8	26 108	50,0
Rheinland-Pfalz	382	107	1 593	18,9	226	92	25	1 530	4,2	13 033	36,2
Baden-Württemberg	1 485	176	5 630	18,2	170	234	27	6 264	7,3	35 293	41,4
Bayern	1 315	130	4 641	15,8	.	295	29	7 324	7,2	42 668	41,9
Saarland	164	148	464	30,8	.	25	22	454	4,0	2 452	21,7
Berlin (West)	272	127	1 049	13,1	.	47	21	2 436	11,1	3 640	16,6
Bundesgebiet	8 262	140	33 191	17,9	167	1 570	26	42 884	7,2	221 957	37,2

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1966			Straßenverkehrsunfälle ²⁾ mit Personenschaden im Dezember 1966				Bestand an Spar- einlagen 5) am 31. 12. 1966 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 4. Vj. 1966		
	ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 6)	Bundes- 6)	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000. Einw. ²⁾								
steuern in DM je Einw.											
Schleswig-Holstein	543	421	171	1 247	80	1 655	139	1 486	399	782	...
Hamburg	402	354	191	1 234	54	1 555	130	2 779	1 109	4 277	...
Niedersachsen	1 551	1 186	171	3 896	310	5 154	140	1 822	456	764	...
Bremen	147	126	169	388	17	477	127	2 119	744	2 157	...
Nordrhein-Westfalen	3 361	2 799	167	9 159	564	11 986	137	2 146	626	1 052	...
Hessen	1 217	965	185	2 717	151	3 645	140	2 145	703	896	...
Rheinland-Pfalz	807	601	167	1 688	107	2 285	142	1 777	428	746	...
Baden-Württemberg	2 013	1 551	182	3 705	267	5 131	146	2 140	661	967	...
Bayern	2 476	1 783	175	4 308	237	5 984	144	2 024	535	798	...
Saarland	213	171	151	524	36	703	141	1 627	395	604	...
Berlin (West)	367	323	147	1 130	51	1 395	128	1 513	386	1 522	...
Bundesgebiet	13 096	10 280	172	29 996	1 874	39 970	139	2 023	584	1 043	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

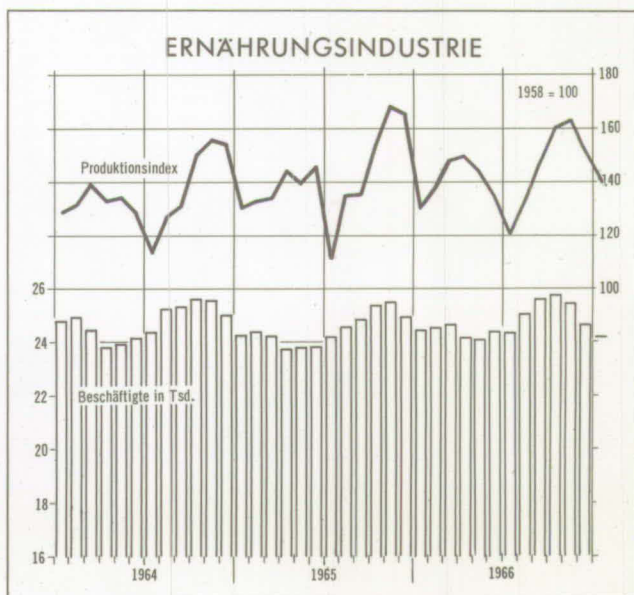
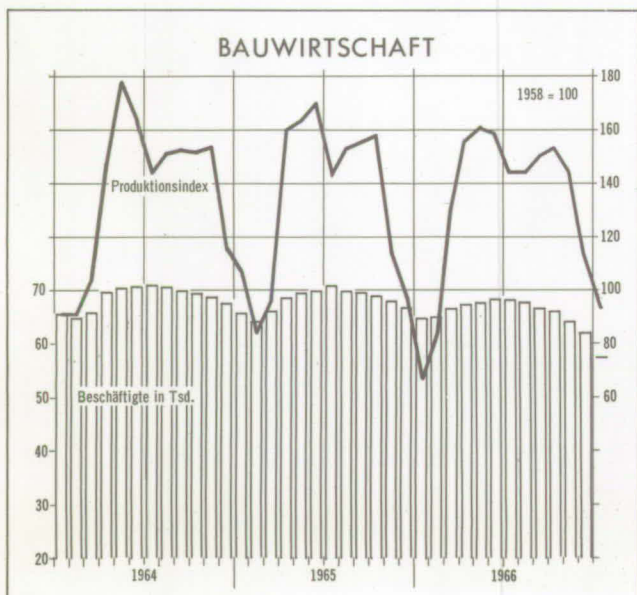
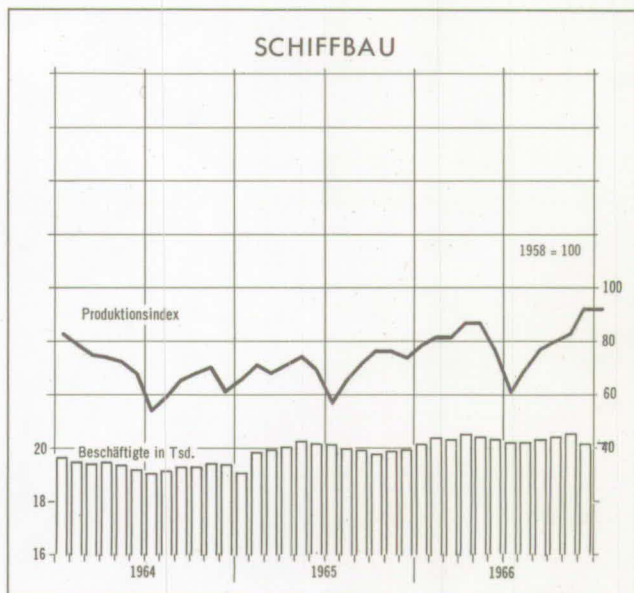
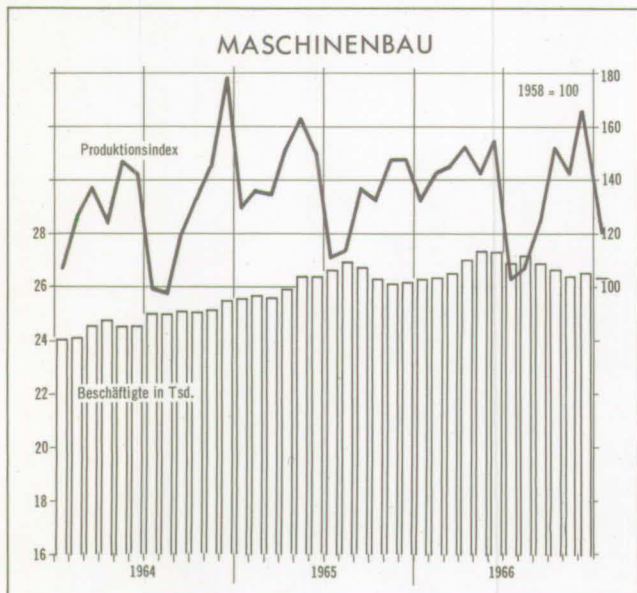
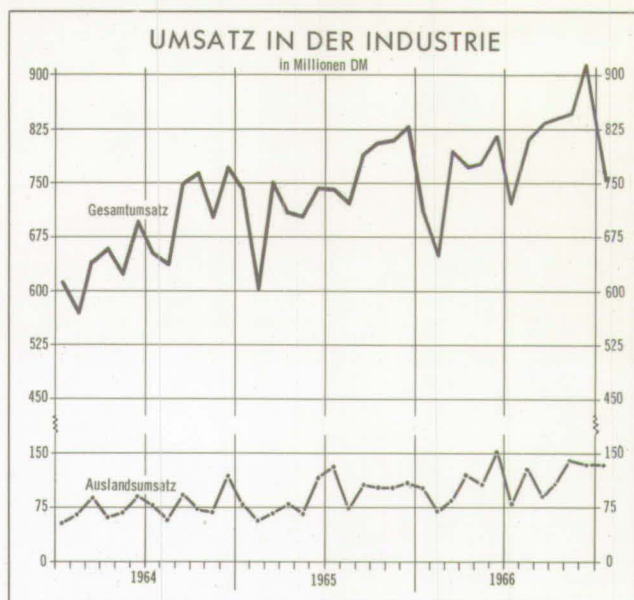
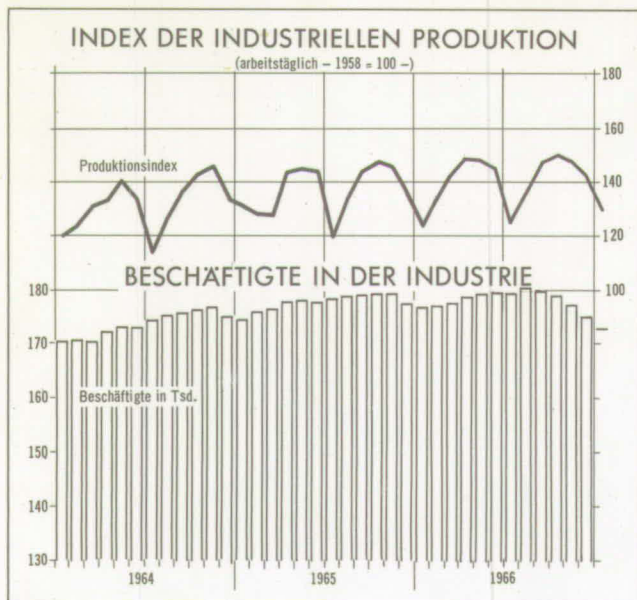
1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energie und Bau 2) vorläufige Ergebnisse

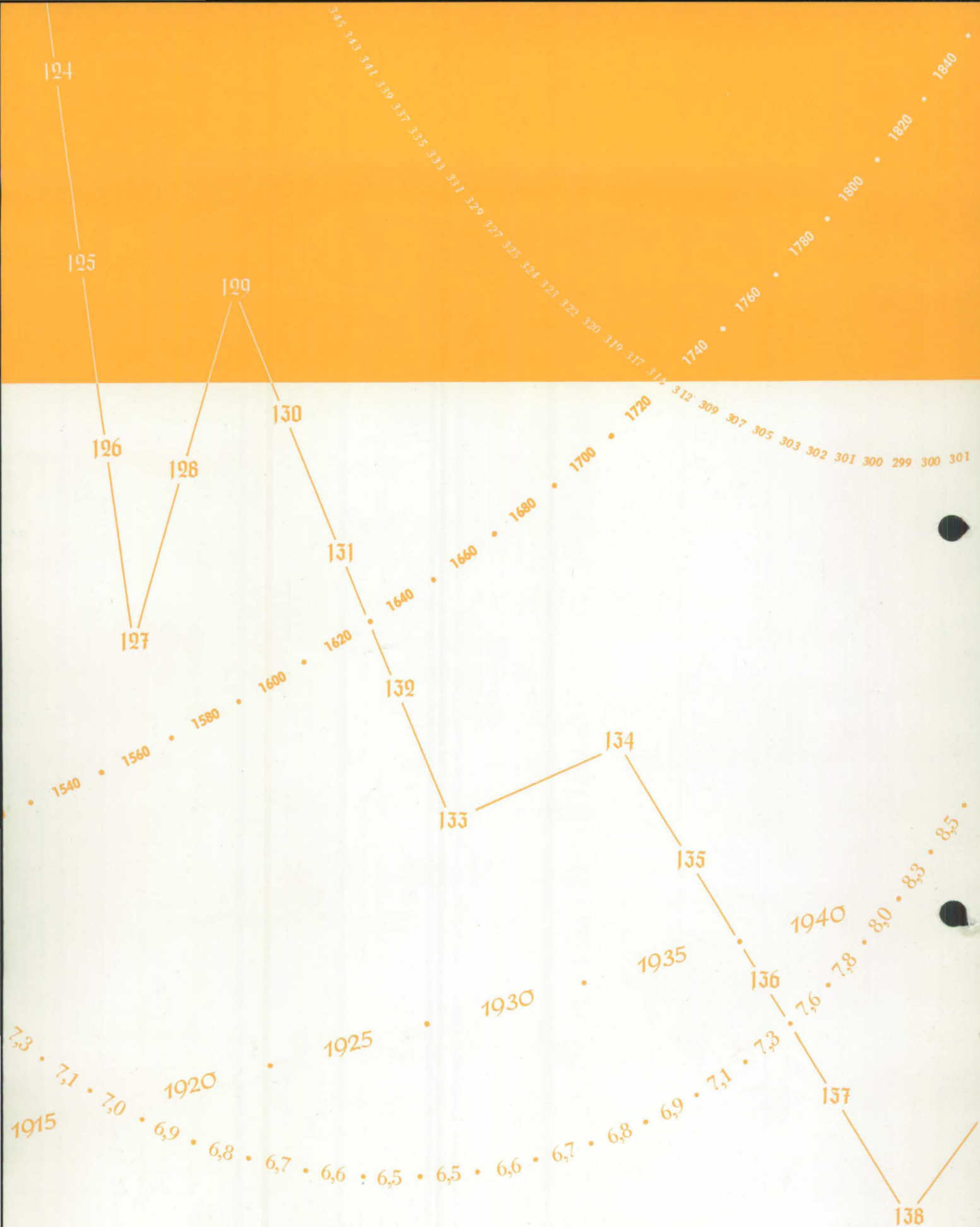
3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen

5) ohne Postspareinlagen 6) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen